

UNIA



DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

Franco Cavalli: «Krebs wird zur Krankheit der Ärmsten!» Seite 12

**Der neue
Uhren-GAV
steht:**

Es läuft!

- Die Verhandlungen
- Die Ergebnisse
- Die Stimmen

Seite 3



**HCD, o weh,
o weh!**

Raue Sitten in der
Beiz des Hockey-
Clubs Davos. Seite 5

**So ungleich ist
die Schweiz**

Neue Studie zeigt: Nur
das reichste Prozent
hat mehr Geld im
Sack. Seiten 10–11



**Schön war's am
1. Mai!**

Fordern und festen:
Die schönsten Bilder
von den diesjährigen
1.-Mai-Feiern. Seite 20



workedito
Anne-Sophie Zbinden

THIERRY TROTZT

Wer sitzt denn da und macht keinen Schritt weiter? Mitten auf dem Weg? Es ist die knappe Mehrheit der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK) des Nationalrats. Trotz dem glasklaren Volks-Ja zur 13. AHV-Rente

Anders als bei der Armee, ist bei der AHV zum Glück klar, wie das Geld verwendet wird.

verweigert sie die Arbeit. Nö, sie hat kä Luscht, sich mit der Finanzierung der 13. Rente zu befassen. Lieber einfach mal sitzen und warten. Bis der AHV-Fonds

leer ist und sie dann triumphieren kann: Ätsch, wir haben es ja immer gesagt, die erste Säule bröckelt! Bätsch, hätten sich doch die Befürworter früher überlegen müssen, wie sie diesen Sozialausbau finanzieren wollen.

O HERZ, FROHLOCKE! Ja klar, haben sie. Zum Beispiel mit der Erhöhung der Lohnbeiträge um je 0,4 Lohnprozentpunkte für Arbeitnehmende und Betriebe. Das sind für einen Elektriker mit einem Lohn von 6000 Franken 24 Franken. Dafür bekommt er 186 Franken mehr Rente. Das ist zumindest ein konkreterer Vorschlag, als die bürgerliche Mehrheit im Parlament bei der Erhöhung des Armee-Etats je hatte. Anders als bei der Armee, ist bei der AHV zum Glück klar, wie das Geld verwendet wird: mit schlanker Bürokratie direkt ins Portemonnaie der Rentnerinnen und Rentner. Ob so viel Effizienz müsste eigentlich jedes liberale Herz frohlocken.

OH, DA WAR WAS! Nicht so oben rechts in der FDP. Ihr Präsident, Thierry Burkart, sagte in der «Neuen Zürcher Zeitung»: «Wir müssen die AHV gesamthaft ansehen und erst dann Entscheide fällen.» Vielleicht würde er ohne neoliberale Scheuklappen klarer sehen und als

besserer Verlierer beschwingter Entscheide fällen. Denn unter «gesamthafter» Ansicht versteht er eine Erhöhung des Rentenalters. Aber Herr Burkart, da

war doch was! Genau, das will das Volk ja nicht, wie die wuchtige Absage an die Initiative der Jungfreisinnigen gezeigt hat. Aber Thierry trotzt. Das Volk, die Menschen, scheinen halt schon gar profan. Was sie wollen und brauchen, muss ihnen gesagt werden. Keine gut funktionierende AHV, dafür lieber eine gar nicht gut funktionierende Pensionskasse, mit Rentensenkungen bis zu 15 Prozent, sollte denn die misslungene Revision durchkommen. Und dafür erst noch mehr bezahlen!

Vom «Blick» auf das Wohl der Malerinnen, Zimmermänner oder Stromer angesprochen, ist für Burkart die Sache klar: Es sind «die innovativen Unternehmerinnen und Unternehmer, die dafür sorgen, dass es den Menschen gutgeht». Und im Nachsatz: «Dazu gehören auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.» Wer hier wem was zu verdanken hat, ist damit wohl klar. Dumm nur, wenn das nicht alle wissen. Dann gibt's Krach.

Die Mindestlohn-Welle ist nicht aufzuhalten

Initiativen jetzt auch in Bern, Biel und Schaffhausen

Zu einem städtischen Mindestlohn sagten bisher Zürich und Winterthur Ja an der Urne. Jetzt soll die Frage auch in Schaffhausen, Bern und Biel zur Abstimmung kommen. In allen drei Städten ist am 1. Mai eine Initiative gestartet.

CHRISTIAN EGG

Weniger als 4000 Franken Lohn pro Monat bei einer Vollzeitstelle: Das reicht kaum zum Leben. Erst recht nicht in einer Stadt. Und in einer Zeit, in der Mieten, Prämien und alles andere rasant teurer werden, schon gar nicht. Und doch müs-

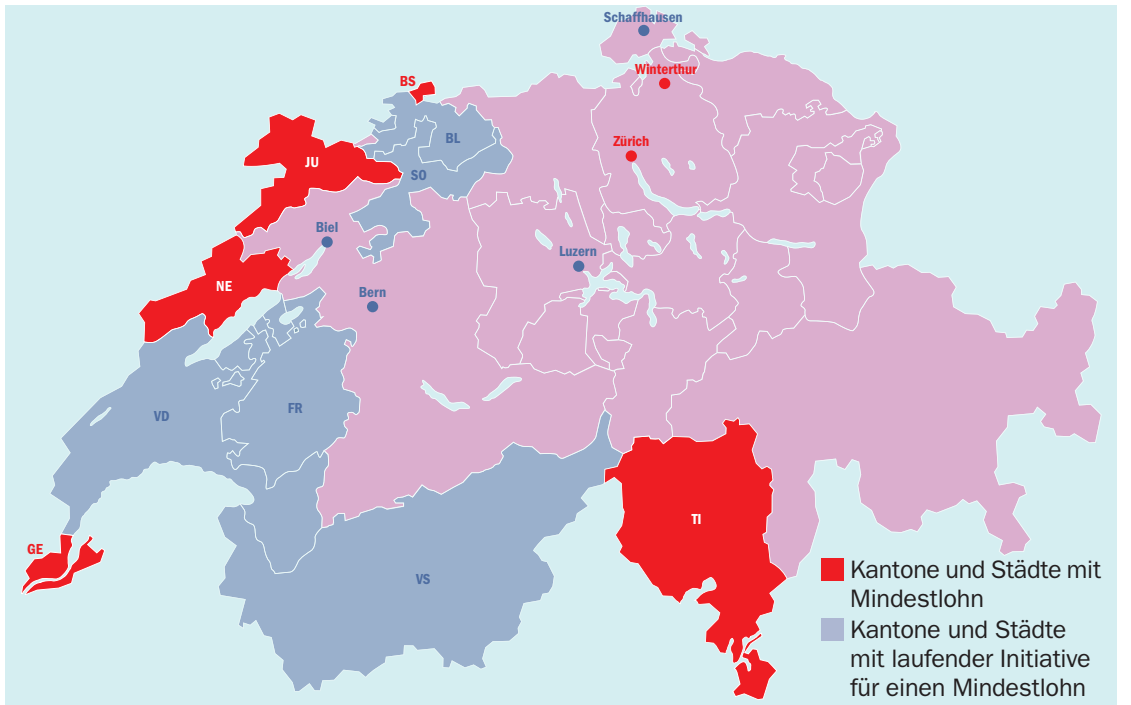
Es bewegt sich etwas bei den gesetzlichen Mindestlöhnen. Und zwar schnell.

sen Zigtausende in der Schweiz mit einem solchen Tieflohn auskommen. Alleine in der Hauptstadt Bern sind es schätzungsweise zwischen 8000 und 10000 Menschen. Sie arbeiten vor allem im Gastgewerbe, in der Reinigung, in Coiffeur- und Kosmetiksalons und im Detailhandel.

KNAPP 24 FRANKEN

In den Städten Bern, Biel und Schaffhausen sammeln jetzt Gewerkschaften, Parteien und Hilfswerke Unterschriften, um Tieflohnen den Garaus zu machen. Am 1. Mai haben sie in den drei Gemeinden je eine Volksinitiative für einen gesetzlichen Mindestlohn gestartet. In Bern und Biel soll er pro Stunde bei 23.80 Franken liegen, in Schaffhausen bei 23.50.

Diese Lohn-Untergrenzen basieren auf den kantonalen Ergänzungsleistungen. Die sind so festgelegt, dass Empfängerinnen und Empfänger ihren



FLICKENTEPPICH: An 7 Orten wurde der Mindestlohn bisher beschlossen, weitere werden folgen. GRAFIK: WORK

Lebensunterhalt bestreiten können. Nicht mehr. Aber auch nicht weniger.

Damit verdoppelt sich die Zahl der städtischen Mindestlohn-Initiativen von drei auf sechs. In Luzern hat die Juso ihr Volksbegehren letztes Jahr eingereicht. Noch weiter sind Zürich und Winterthur: Dort sagten im vergangenen Juni die Stimmenden mit deutlicher Mehrheit Ja zu Mindestlohn-Volksinitiativen. Profitieren davon werden Menschen wie die Kochhilfe Angela Siciliano. Dank dem gesetzlichen Mindestlohn wird sie im Monat 250 Franken mehr verdienen. Die gesetzliche Regelung bringe den Mitarbeitenden zudem Sicherheit, sagte sie im work: «Selbst wenn du den Job verlierst und woanders neu anfangen musst, bekommst du nicht weniger.» Allerdings verzögert eine Verliererkoalition aus Arbeitgeberverbänden bisher mit Einsprachen, dass die Mindestlöhne in Zürich und Winterthur in Kraft treten können.

SCHON FÜNF KANTONE

Derzeit kennen fünf Kantone einen gesetzlichen Mindest-

lohn: Neuenburg, Jura, Genf, Tessin und Basel-Stadt. Alle gehen auf erfolgreiche kantonale Volksinitiativen zurück. Und die Mindestlohn-Landkarte dürfte sich in absehbarer Zeit noch weiter verändern. Denn in nicht weniger als fünf weiteren Kantonen haben Gewerkschaften und fortschrittliche Kreise entsprechende Initiativen zustande gebracht und eingereicht: Baselland, Freiburg, Solothurn, Waadt und Wallis. Ebenfalls eingereicht wurde eine zweite Volksinitiative im Tessin, nachdem die erste vom Kantonsparlament ungenügend umgesetzt worden war.

Ja, es geht etwas bei den kantonalen und kommunalen Mindestlöhnen. So schnell, dass es nicht einfach ist, die Übersicht zu behalten. Deshalb hier der aktuelle Stand in drei Zahlen: 7 Mindestlohn-Initiativen wurden von den Stimmenden gutgeheissen. 7 weitere sind eingereicht und im politischen Prozess. Und für 3 werden Unterschriften gesammelt.

Wo gilt welcher Mindestlohn? Hier finden Sie die Antwort: rebrand.ly/milo-unia

Kantone: Hände weg von unseren Mindestlöhnen

Den Arbeitgeberverbänden sind Mindestlöhne ein Dorn im Auge: egal ob in Gesamtarbeitsverträgen oder in Gesetzen. In den GAV kämpfen die Gewerkschaften für Löhne, die zum Leben reichen, in Kantonen und Gemeinden sagt das Stimmvolk Ja dazu. Und wird vom höchsten Schweizer Gericht gestützt. Darum will die rechte Parlamentsmehrheit aus SVP, FDP, GLP und Mitte jetzt das Volk entmachten.

GEGENWEHR. Konkret sollen dank neuem Bundesrecht kantonale und städtische Mindestlöhne mit Billig-GAV übersteuert – das heisst: unterboten – werden können. Der «Tages-Anzeiger» hat von 20 Kantonen ihre Antworten in der eben abgelaufenen Vernehmlassung erhalten. Alle wehren sich gegen diesen Plan. Der Vernehmlassungsbericht wird im Sommer erwartet.



Baubüezerinnen fordern, dass sexuelle Belästigung bestraft wird

Belästigungen müssen endlich aufhören!

Anfang Mai trafen sich die Unia-Bauarbeiterinnen zu ihrer zweiten nationalen Versammlung. Sie fordern verbindliche Regeln gegen sexuelle Belästigung.

IWAN SCHAUWECKER

Vor dem Frauenstreik 2023 hatte die Unia etwa 300 Baufrauen zu ihren dringlichsten Anliegen befragt. Kritisiert wurden damals vor allem die unhygienischen Zustände in den Baustellen-WC, die fehlende Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben sowie die Mängel beim Gesundheitsschutz. Aber auch sexuelle Belästigung und sexualisierte Gewalt war ein viel genanntes Problem. So gaben über die Hälfte der Teilnehmerinnen an, bereits sexuelle Belästigung erlebt zu haben. Und ein Viertel gab an, sexualisierte Gewalt erlitten zu



KLEBER-OFFENSIVE: Das Tabuthema sichtbar machen. FOTO: UNIA

haben. So auch Malerin Yelinez Hofer: «Als wir ein Fitnessstudio strichen, hat mich der Besitzer immer wieder angefasst.»

Als erste Antwort auf die Umfrage hat die Unia mit den Baufrauen eine Kleber-Offensive entwickelt, die das Tabuthema sichtbar macht. Die pinken Kleber sollen den Unmut der Frauen in die Betriebe

tragen. Ob am Spind des Kollegen, der schlüpfrige Sprüche klopft, oder an der Bürotür des Chefs, der passiv bleibt – mit den Klebern markieren Frauen und solidarische Männer ihren Arbeitsplatz zur belästigungsfreien Zone (work berichtete: rebrand.ly/stop-sexismus).

KONKRETE MASSNAHMEN

Anfang Mai tagten Baufrauen zum zweiten Mal in Bern. Dabei verlangten sie von den Arbeitgebern Sofortmassnahmen, die sie gemäss ihrer Fürsorgepflicht umsetzen müssten. Die Versammlung fordert konkret eine Nulltoleranz-Strategie, Reglemente und Leitlinien gegen Sexismus. Zur konsequenten Umsetzung brauche es ausserdem Strafen für die Täter sowie klare Handlungsvorgaben gegen Mobbing und sexuelle Belästigung. Zudem fordern die

Baufrauen, dass Firmen mit externen Fachstellen zusammenarbeiten und ihre Angestellten und Vorgesetzten schulen.

ES IST KEIN FLIRT

Zudem müsse das Verbot der sexuellen Belästigung gemäss Gleichstellungsgesetz in den Gesamtarbeitsverträgen konkretisiert werden. «Die Chefs müssen wissen, dass sie in der Pflicht sind – wenn sie nicht nachweisen können, dass sie alles gegen sexuelle Belästigung unternommen haben, müssen sie die Haftung übernehmen», sagt Bruna Campanello, Mitglied der Unia-Geschäftsleitung und Co-Leiterin Sektor Gewerbe. Die Baufrauen betonen, dass sexuelle Belästigung niemals etwas mit Flirten zu tun habe, sondern einen Machtmissbrauch darstelle, den sie konsequent bekämpfen werden.



ERFOLGREICH: Die Unia gewinnt in der Uhrenindustrie immer mehr Mitglieder. FOTO: ISC

Neuer GAV für die Uhrenindustrie und Mikrotechnik

Neuer Vertrag bricht mit Lohn-Tabu



Die Schweizer Uhrenbranche boomt. Mit dem neuen GAV profitieren jetzt die Uhrenarbeiterinnen und -arbeiter, welche die sagenhaften Umsätze und Gewinne erwirtschaften. Und der GAV löst den Lohn-Maulkorb.

IWAN SCHAUWECKER

Uhrenarbeiter Roger Bünter ist zufrieden mit dem frisch verhandelten Gesamtarbeitsvertrag. Er arbeitet für ETA. Im Werk 5 in Bettlach SO verarbeitet er Kunststoffgranulat zu den Komponenten für die Swatch-Uhren, vom Bändeli bis zu den Zeigern der Chronometer. ETA ist der wichtigste Zulieferbetrieb der Swatch-Gruppe und zu hundert Prozent ihre Tochter. Bünter freut sich über die Erhöhung der Mindestlöhne im GAV und den Artikel für mehr Lohntransparenz: «Ich habe einen Kollegen, der hat seit 26 Jahren keine Realloohnerhöhung erhalten», sagt er. Für diesen Kollegen schaffe die Erhö-



SIND ZUFRIEDEN: Uhrenarbeiter Roger Bünter und Uhrenarbeiterin Bedriye Jaeggi. FOTO: ISC

hung des Mindestlohns um 2,2 Prozent eine etwas entspanntere finanzielle Situation. Der Lohn war bisher ein absolutes Tabuthema in der Branche. Doch damit ist jetzt Schluss! Ein neuer Artikel im GAV weist explizit darauf hin, dass über den Lohn gesprochen werden darf. Dieser soll insbesondere die weiterhin bestehende Lohnungleichheit zwischen Frauen und Männern beseitigen.

Doch für Uhrenarbeiterin Bedriye Jaeggi ist klar, jetzt fängt die eigentliche Arbeit erst an: «Bei uns im Betrieb mit 4000 Angestellten wissen viele nicht, was ein GAV überhaupt ist», sagt sie. Jaeggi arbeitet in der ETA-Fabrik in Grenchen SO als Qualitätsprüferin. Sie ist eine von 67 Delegierten, die sich Anfang März zur Unia-Branchenkonferenz in Neuenburg trafen und dort den neuen GAV der Uhrenindustrie einstimmig guthiessen. Als Mitglied der Personalkommission und der Unia wolle sie dafür sorgen, dass ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter den GAV besser kennen: «Es liegt an uns, die Leute über diesen neuen GAV zu informieren, denn die Geschäftsleitung wird das nicht machen.»

TIEFSTLÖHNE IM TESSIN

Auch Silvia Locatelli, Regionalsekretärin der Unia Neuenburg, freut sich über den Vertragsabschluss. Sie sagt aber: «Viele Uhrenfirmen produzieren Luxusprodukte, aber die Löhne und Arbeitszeiten stehen in krassm Wider-

spruch dazu.» Besonders kritisch sieht sie den Einsatz der temporären Arbeiterinnen und Arbeiter: «Diese Temporären sind für die Firmen unsichtbar.» Im neuen GAV gibt es eine Klausel, die vorschreibt, dass temporär Beschäftigte nach spätestens zwei Jahren fest angestellt werden müssen. Die Uhrenkonzerne können sich das leisten: Die Swatch-Gruppe machte 890 Millionen

Franken Reingewinn, 8 Prozent mehr als im Vorjahr, und auch bei Rolex rollt das Geschäft auch ohne Rubel (siehe Text rechts). Schädig bleiben die Löhne im Tessin. Dort gilt für nichtgelerntes Personal ein Mindestlohn von 3200 Franken, und Gelernte erhalten nur 3759 Franken brutto pro Monat. Raphaël Thié-mard ist bei der Unia verantwortlich für die Uhrenbranche. Er sagt: «Im Tessin wird nicht korrekt bezahlt, die Löhne sind weiterhin schockierend tief.» Die Delegierten in Neuenburg forderten mit einer Resolution das Ende der Tessiner Tiefstlöhne.

Thié-mard hat auch erfreuliche Neuigkeiten: Im letzten Jahr konnten über 1000 Neumitglieder gewonnen werden, und die Gesamtzahl der Unia-Mitglieder in der Uhrenindustrie und der Mikrotechnik erhöhte sich auf über 11000.

Mechanik der Schweizer Uhrenindustrie

«Die Firmen werden zu Bunkern»

Raphaël Thié-mard war früher Uhrmacher bei Tissot und leitete als Branchenverantwortlicher der Unia die langen Verhandlungen, die nun zum neuen GAV führten.

IWAN SCHAUWECKER

Schweizer Uhren stehen für Qualität und Luxus, für das Bild einer Schweiz mit verlässlicher und fein kalibrierter Mechanik. Der Unia-Uhren-Mann Raphaël Thié-mard sagt: «Das Image ist für die Uhrenmarken total wichtig, sie geben jährlich Hunderte von Millionen Franken für Werbung aus.» Deshalb seien sie bei den GAV- und Lohn-



BRANCHENKENNER: Unia-Mann Raphaël Thié-mard war früher selber in der Uhrenindustrie tätig. FOTO: UNIA

verhandlungen auch immer wieder zu Konzessionen bereit. Zudem sei die Branche gewerkschaftlich gut organisiert, mit vielen engagierten Uhrenarbeiterinnen und -arbeitern.

«Doch der Zugang zu den Betrieben wird für uns zu einem immer grösseren Problem», sagt Thié-mard. Bei jeder neuen Fabrik oder bei Umbauten würden Kameras und Sicherheitsschranken eingebaut. Thié-mard sagt: «Letzthin war ich für eine Flyer-Aktion bei Rolex in Genf, wo die meisten Angestellten direkt mit dem Auto in die Tiefgarage fahren.» Der Kontakt und das Gespräch mit den Leuten seien in solchen Fällen kaum mehr möglich.

UNIA WOLLTE GARANTIE

Die Unia wollte deshalb eine Garantie für Zugang zu den Mitarbeitenden im neuen GAV verankern. Mit dieser Forderung ist die Unia allerdings erfolglos geblieben, obwohl dies gemäss internationalem Recht der ILO zugesichert wäre. «Wir müssen mit jedem einzelnen Unternehmen weiterhin mühsam verhandeln, wo und wie wir Zugang erhalten», sagt Thié-mard.

Viele Schweizer Uhrenfabriken befinden sich in der Nähe der Landesgrenze, in Genf, im Jura und im Tessin. Entsprechend hoch ist auch der Anteil der Grenzgänge-

Noch immer sind Tausende nicht durch den GAV geschützt.

rinnen und Grenzgänger. Im Tessin gebe es Unternehmen mit 99 Prozent Grenzgängerinnen, 90 Prozent davon Frauen. Die Löhne sind dort oft so tief, dass sich in der Schweiz wohnhafte Personen kaum auf diese Jobs bewerben. Thié-mard sagt: «Auch wenn ich insgesamt stolz auf diesen neuen GAV bin, haben wir in der Branche weiterhin Tausende Personen, die nicht durch den GAV geschützt sind und miese Löhne haben.» Vor allem bei temporär Angestellten und bei Zulieferbetrieben, die nicht dem GAV unterstellt sind, werde die Unia auch in Zukunft genau hinschauen.

EXPANSION VON ROLEX

Und auch bei Rolex, Richemont und Swatch werde es erfahrungsgemäss zu Konflikten über die korrekte Anwendung des GAV kommen, da diese Firmen die mit Abstand grössten Arbeitgeber der Branche seien. «Rolex macht inzwischen über 10 Milliarden Franken jährlichen Umsatz und damit fast die Hälfte der ganzen Industrie», sagt Thié-mard. Und Rolex wächst weiter, zum Beispiel im Kanton Freiburg, wo der Luxuskonzern eine neue Megafabrik mit 2000 Mitarbeitenden in Bulle FR plant.

Uhren-GAV: Das sind die wichtigsten Neuerungen

Etwa 55 000 Personen aus über 500 Unternehmen sind vom Uhren-GAV geschützt. Der neue Vertrag für Uhrenindustrie und Mikrotechnik tritt am 1. Juli in Kraft und gilt bis 2028. Die wichtigsten Fortschritte: Drei Wochen Vaterschaftsurlaub und 19 Wochen Mutterschaftsurlaub. Bei den Krankenkassenbeiträgen zahlen die Arbeitgeber neu monatlich 195 Franken, 20 Franken mehr als bisher. Die Mindestlöhne werden schweizweit zwischen 1,6 Prozent und 3,56 Prozent erhöht.

KEIN GEHÖR. Die Uhrenarbeiterinnen und -arbeiter und die Unia forderten in den Verhandlungen die Reduktion der Wochenarbeitszeit auf 36 Stunden pro Woche, Lohngleichheit und die Ausweitung des Geltungsbereichs des GAV auf temporäre Arbeiterinnen und Arbeiter. Davon wollten die Arbeitgeberverbände allerdings nichts wissen. (isc)

Brutale Entlassung bei Coop

CASTIONE. In der Belegschaft der Coop-Grossbäckerei in Castione TI rumort es zünftig. Im Februar des vergangenen Jahres legten die Bäckerinnen und Bäcker sogar ihre Arbeit kurzzeitig nieder. Coop erklärte sich darauf zu Verhandlungen mit der Unia bereit. Die Probleme der Mitarbeitenden sollten intern untersucht werden. Zudem prüfte das kantonale Arbeitsinspektorat die Ursachen des Konflikts. Doch statt die Resultate des kantonalen Berichts abzuwarten, eskortierte Coop am vergangenen 10. April drei der betroffenen Mitarbeitenden aus der Fabrik. Der Grund: Sofortige Entlassung! Für zwei weitere Personen wurde eine Versetzung angeordnet, ohne zu erklären, warum oder wohin. Private Sicherheitsleute bewachten dabei das gesamte Firmenareal. Die Unia Tessin unterstützt die Betroffenen und berät mit ihnen über die weiteren Schritte.

Lohngauner Mazur wütet weiter

BURGAUER SEE (D). Der Chef der polnischen Speditionsgruppe Mazur hat auf einem Rastplatz in Bayern einen usbekischen Lastwagenfahrer mit einem Pfefferspray angegriffen. Gewerkschafter Edwin Aterna berich-



ÜBEL: Spediteur Mazur hat einen seiner Fahrer angegriffen. FOTO: ZVG

tet, dass der angegriffene 31-jährige Fahrer zuvor über Monate keine Lohnzahlung erhalten habe und deshalb die Fracht für Aldi Süd blockierte. Der Fahrer habe sich beim Angriff in der Führerkabine aus Todesangst mit einem Messer verteidigt. Kurz nach der Festnahme durch die Polizei wurde er ohne Auflagen freigelassen. Gegen Mazur läuft dagegen ein Ermittlungsverfahren wegen gefährlicher Körperverletzung. Mazur versuchte bereits im vergangenen Jahr einen Streik von LKW-Fahrern auf der Autobahn-Raststätte Gräfenhausen mit einem Schlägertrupp zu beenden.

Pressefreiheit in Gefahr

BERN. In vielen Weltregionen sind Medienschaffende grossen Gefahren ausgesetzt. Allein im vergangenen Jahr zählte die Internationale Journalisten-Föderation weltweit 120 getötete Medienschaffende. Am schlimmsten ist die Lage im Gaza-Streifen, wo seit dem Kriegsausbruch am 7. Oktober 2023 schon über 100 Fotografen und Journalistinnen getötet wurden. Am 3. Mai, dem Welttag für Pressefreiheit, forderte die Schweizer Mediengewerkschaft Syndicom die Einhaltung der Genfer Konvention. Diese besagt, dass Medienschaffende in Kriegsgebieten zu schützen und als Zivilpersonen zu behandeln sind. Auch in der Schweiz bestehe Handlungsbedarf. In den letzten zwei Jahren habe das Parlament die rechtlichen Rahmenbedingungen für Medienschaffende immer wieder verschlechtert. Zudem drohten Unternehmen vermehrt mit Einschüchterungsklagen.

workonline Unsere Top-Artikel auf workzeitung.ch

Die Gewerkschaften sagen Ja zum Stromgesetz

WAS WILL DAS STROMGESETZ?

Das Stromgesetz heisst mit ganzem Namen «Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien» und ist technisch eine Revision des Stromversorgungs- sowie des Energiegesetzes. Es ist die Grundlage für den Ausbau der erneuerbaren Energien in der Schweiz. Dieser ist entscheidend für die Umsetzung der Energiestrategie 2050. Und diese ist zentral, wenn die Schweiz ihre Klimaziele erreichen will.

WAS SIND DIE KONKRETEN ZIELE DES STROMGESETZES?

Das Hauptziel des Stromgesetzes besteht darin, den Ausbau erneuerbarer Energien voranzutreiben. Die Stromproduktion aus neuen, erneuerbaren Quellen soll bis 2035 um mindestens 35 Terawattstunden (TWh) erhöht werden, was etwa dem Sechsfachen des aktuellen Niveaus entspricht. Der Fokus liegt dabei auf der Solarenergie, insbesondere auf dem Ausbau von Solaranlagen auf bestehenden Gebäuden.

Nur die SVP sagt Nein, auf Befehl von Milliardärin Martullo-Blocher.

Um die Produktion im Winterhalbjahr zu stärken, sollen auch alpine Solaranlagen, Windkraftanlagen und Wasserkraftwerke ermöglicht beziehungsweise ausgebaut werden können, wobei strenge Umweltschutzbestimmungen berücksichtigt werden.

WER IST GEGEN DAS STROMGESETZ?

Das Referendum gegen das Stromgesetz wurde von kleinen Umwelt- und Landschaftsschützern ergriffen, sie fürchten um den Landschaftsschutz. Ebenfalls Nein sagt die SVP auf Befehl von Milliardärin Magdalena Martullo-Blocher. Im Parlament hatte die SVP noch zugestimmt. Und im Pro-Komitee sitzt selbst der Solothurner SVP-Nationalrat Christian Imark, das offizielle Gesicht der SVP-Energiepolitik. So wenig «radikal» und «gefährlich» ist das Stromgesetz.



HAUPTZIEL: Das Stromgesetz will den Ausbau von erneuerbaren Energien in der Schweiz, insbesondere der Solarenergie auf bestehenden Gebäuden. FOTO: KEYSTONE

WER IST FÜR DAS STROMGESETZ?

Alle anderen Parteien, die grossen Umweltverbände WWF, Greenpeace und Pro Natura und die wichtigsten Wirtschaftsverbände.

WARUM SAGEN DIE GEWERKSCHAFTEN JA ZUM STROMGESETZ?

Reto Wyss, Zentralsekretär des SGB, fasst die gewerkschaftliche Position für ein Ja zum Stromgesetz so zusammen:

1. «Mit dem Stromgesetz kommt die Energiewende endlich richtig in Schwung. Das Gesetz bringt mehr Strom aus erneuerbaren Energien, mehr Energieeffizienz und damit den für das Klima äusserst dringenden Ausstieg aus den fossilen Energiequellen.
2. Das Stromgesetz stärkt die Versorgungs- und damit auch die Arbeitsplatzsicherheit im Inland.

Der Arbeitskräftebedarf in der Energie- und Baubranche wird steigen, und die Gewerkschaften sorgen dafür, dass die neuen grünen Jobs auch gute Jobs sind.

3. Mit dem Stromgesetz wird die Energiewende nicht dem Markt überlassen, sondern sie findet im Rahmen des bewährten Schweizer Service public statt. Aus gewerkschaftlicher Sicht absolut entscheidend ist, dass die ursprünglich geplante vollständige Strommarktöffnung ein weiteres Mal erfolgreich verhindert werden konnte. Die Privathaushalte bleiben damit weiter geschützte Kundinnen der Grundversorgung, was ihnen langfristig faire und stabile Strompreise garantiert.»



Täglich spannende Artikel lesen Sie auf workzeitung.ch



IM WANDEL: Die 1.-Mai-Plakate haben sich mit den Jahren (1920, 1995 und 2024, v.l.) optisch stark verändert. FOTOS: SGB

Eine Plakatreise durch die Zeit

Seit über 100 Jahren feiern Arbeiterinnen und Arbeiter, Gewerkschaften und progressive Parteien in der Schweiz am 1. Mai den Tag der Arbeit. work präsentiert eine Sammlung von ikonischen Plakaten des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds. Von «Trotz allem Freiheit!» (1939) über «Arbeit für alle, aber

nicht zuviel!» (1989) bis zu «Zukunft für alle – sozialer, gerechter» (2017) verströmen die Plakate sowohl den Geist ihrer Epoche wie auch eine unbändige zeitlose Energie.



Mehr Plakate auf [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch/rebrand.ly/plakate): rebrand.ly/plakate

Disziplin und Bier-Kritik am 1. Mai

Kein Jahr ohne 1.-Mai-Fest. Jedenfalls in der Schweiz: Seit 1890 wird hier der Kampf der Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung ohne Ausnahme begangen. Aber der Tag hat viele Wandlungen erlebt. Zu Beginn waren strikte Ordnung, Disziplin und der Sonntagsanzug angesagt. Und der Abstinenzbund protestierte gegen das Biertrinken. Später, als vom Ausland her der Faschismus drohte, waren an den Umzügen schon mal Schweizer Fahnen zu sehen. Heute herrscht vielerorts multikulturelle Volksfeststimmung. Wie es dazu kam, hat work-Autor Ralph Hug recherchiert.



Weiterlesen auf [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch/rebrand.ly/1mai-geschichte): rebrand.ly/1mai-geschichte

Ultimatum säubert Ekel-Baustelle

Berge voller Abfall, ein Zmittagstisch mitten im Dreck und das Treppenhaus eine einzige Kabel-Stolperfalle. Das entdeckte Unia-Sekretär Denis Coskun am 10. April bei einer Bau-Visite in Genf. Er fackelte nicht lange: Sofort setzte er der verantwortlichen Firma

eine 24-Stunden-Frist und stellte klar: «Verstreicht diese ungenutzt, wird die Unia gewerkschaftlich adäquate Mittel ergreifen.» Dass dies Streik bedeuten kann, scheint auch der Hauptunternehmer begriffen zu haben. Tags darauf war die Baustelle jedenfalls blitzblank.



Weiterlesen auf [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch/rebrand.ly/ekelbaustelle): rebrand.ly/ekelbaustelle

EU beerdigt Humanität

Mit dem neuen EU-Migrationspakt zieht Europa die Mauern seiner Festung hoch. Jede Migration, die nicht von den Konzernen bestellt ist, soll unmöglich werden. Internierungslager an den Rändern des Kontinents sollen dafür sorgen, die Flüchtenden in Schnellverfahren zu «filtrieren» und rasch wegzuschaffen – auch in Folter- und Kriegsländer. Oder in willige «Drittländer». Grossbritannien macht's vor. Flüchtlinge, etwa aus Asien, werden verhaftet, um sie ins afrikanische Rwanda zu deportieren. Europa, das gerne als moralischer Einpeitscher in Sachen Menschenrechten auftritt, beerdigt gerade die Reste seiner Humanität. Die ganze Abrechnung von work-Autor Oliver Fahrni unter:



Weiterlesen auf [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch/rebrand.ly/festungeuropa): rebrand.ly/festungeuropa

Im Aargau bald frei am 1. Mai?

Dank der ihnen wohlgesinnten Konzernmedien ist auch dieser Furz im Nu durchs ganze Land gezogen: Die SVP will (wieder einmal) den 1. Mai als Ruhetag abschaffen. Auch die verzweifelt um Aufmerksamkeit lechzende FDP-Jugend bläst zum Angriff. Was hin-



Täglich finden Sie neue Artikel auf unserer Website: www.workzeitung.ch

Und so holen Sie sich work direkt aufs Handy, wie in einer App: Öffnen Sie workzeitung.ch

im Browser Ihrer Wahl (Firefox, Safari usw.). Für iPhone: Klicken Sie auf das Teilen-Symbol, scrollen Sie nach unten und wählen Sie «Zum Home-Bildschirm». Für Android: Tippen Sie oben rechts auf das Drei-Punkte-Menü, dann auf «Zum Startbildschirm zufügen».

Sie finden uns auch auf Facebook und Instagram!

gegen kein Konzernmedium, sondern bisher nur das work-Extrablatt zum 1. Mai vermeldet hat: Statt rückwärts könnte es bald vorwärtsgehen! Und zwar im Aargau, wo die SP und die Gewerkschaften den 1. Mai für alle zum Ruhetag machen wollen. Entsprechende Pläne werden bereits gewälzt. Noch herrscht im Kanton ein kaum überschaubares Feier-Wirrwarr. Einige haben ganz frei, andere halb, viele gar nicht – je nach Firma, Gemeinde und Bezirk. Dass der 1. Mai auch im 21. Jahrhundert noch befreit werden kann, zeigte zuletzt der Kanton Neuenburg, wo eine Unia-Initiative 2010 zum Erfolg führte. Und im Rest der Schweiz? Wer wo freihat und warum:



Weiterlesen auf [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch/rebrand.ly/1mai-arbeitsfrei): rebrand.ly/1mai-arbeitsfrei

Leere Versprechen, faule Tricks, fristlose Kündigungen: Sportlich und fair? Na ja...



ENTTÄUSCHT: Manuela Bearth (rechts) und Semira Khadra vor dem «Time-out», einem Restaurant des HC Davos, wo beide als Service-Fachkräfte schlechte Erfahrungen mit dem Hockey-Club als Arbeitgeber gemacht haben. FOTO: STEPHAN BÖSCH

In den Restaurants des Hockey-Clubs Davos herrschen raue Sitten. Gleich mehrere Mitarbeiterinnen wurden wegen Kleinigkeiten fristlos abserviert. Semira Khadra hat sich mit der Unia erfolgreich gegen die Willkür gewehrt.

CHRISTIAN EGG

Eishockey gilt als rauer Sport. Harte Checks, wüste Beschimpfungen, ausgeschlagene Zähne – das sind die Spieler gewohnt. Doch beim Hockey-Club Davos herrscht auch neben dem Eis ein raues Klima. In den Restaurants des Traditionsvereins gehen die Verantwortlichen weder zimperlich noch fair mit Mitarbeitenden um. So berichten es mehrere ehemalige Arbeitskräfte, mit denen work gesprochen hat.

Eine von ihnen ist Manuela Bearth. Fast 20 Jahre hat sie als Servicekraft in den beiden HCD-Restaurants gearbeitet, dem «1921» im Stadion und dem ganzjährig offenen «Time-out» gleich daneben. Mehrere Jahre war sie Vollzeit tätig, seit September 2023 wieder als Aushilfe. Bis sie Ende Dezember aus heiterem Himmel entlassen wurde. Fristlos. Warum, das weiss sie bis heute nicht genau.

DIE SCHNAUZE VOLL

An die Ereignisse des Abends erinnert sich die 50jährige genau. Gegenüber work hat eine weitere Person, die Zeugin des Vorfalls wurde, Bearths Schilderung bestätigt. Anlass war demnach eine Lappalie: ein mobiles Gerät zum Aufnehmen der Bestellungen. Davon gebe es bei voller Besetzung eins zu wenig, so Bearth. Deshalb habe sie an diesem Abend eine Kollegin gefragt, ob sie denn das «Grätli» brauche. «Worauf sie mich anpflaumt, sicher brauche sie das, sie habe viel mehr Gäste zu bedienen. Da sage ich: Okay, aber dann arbeitest du nur damit und ich nur mit der Kasse, damit es kein Puff gibt.»

Für Bearth ist die Sache damit geklärt. Zu einem Streit sei es nicht gekommen, betont sie. Doch sie vermutet, dass sich die Kollegin beim Chef, dem Leiter Gastronomie des HCD, über sie beklagt habe. Denn keine zwei Minuten später sei dieser auf sie zugekommen. «Er hat mich vor allen Gästen lautstark angefahren. Er habe die

Schnauze voll von mir, ich solle verreisen und nie mehr kommen.» Ungläubig habe sie sich an ihre Arbeitskolleginnen gewandt, so Bearth. Eine von ihnen habe den Chef zur Vernunft bringen wollen. «Doch sie konnte knapp zwei Worte sagen, da fuhr er ihr übers Maul und hat ihr ebenfalls gleich fristlos gekündigt.»

FRISTLOS: NUR AUS «WICHTIGEN GRÜNDEN»

Damit verloren die beiden Frauen von einem Tag auf den anderen ihr Einkommen. Denn bei fristloser Kündigung entfällt der Anspruch auf Lohn bis Ende Kündigungsfrist – bei den HCD-

«Den Spielern zahlt der Verein Tausende Franken. Uns behandeln sie wie den letzten Dreck!»

SERVICEANGESTELLTE
MANUELA BEARTH

ren etwa Straftaten oder Tätlichkeiten am Arbeitsplatz.

EINE KÜNDIGUNG, DIE KEINE WAR

Gut einen Monat vor Manuela Bearth hat der HCD auch die Serviceaushilfe Semira Khadra frist- und stilllos abserviert. Auch bei ihr spielt der Leiter Gastronomie eine zentrale Rolle: Am 11. November 2023, einem Samstag, sei der Service im Stadion-Restaurant «total in die Hose» gegangen, sagt Khadra. «Irgendwann waren wir alle sauer.» Als dann noch zwei Kolleginnen vor den Gästen anfangen zu streiten, sei ihr der Krug geplatzt: «Ich sagte dem Chef, er solle diesen beiden bitte einen Maulkorb anlegen. Er gab zurück, er sei im Fall immer noch mein Chef.»

Die 48jährige schluckt ihren Ärger herunter. Am Ende der Schicht gibt sie das ausgeliehene Münz und den Schlüssel für die Service-Schublade zurück und geht nach Hause. Doch bevor sie ihren nächsten Einsatz hat, schreibt ihr der HCD: «Anhand der Deponierung Ihres Stockgeldes und des Schlüssels anerkennen wir Ihre fristlose Kündigung.» Das heisst auch für sie: ab sofort keinen Lohn mehr. Sie sei völlig baff gewesen, sagt Khadra. Dass sie Schlüssel und Münz abgegeben habe, sei nichts Aussergewöhnliches, sie habe damit nicht kündigen wol-

len. Sie versucht den Gastroleiter und die Cheffe de service zu erreichen. Beide gehen nicht ans Telefon. Noch heute kann sie nicht fassen: «So geht man doch nicht mit Menschen um!»

«EIN SPORTLICHER UND FAIRER VEREIN»

Die drei Frauen wollen die Ungerechtigkeit des Sportvereins nicht hinnehmen. Khadra sucht das Gespräch mit dem HCD-Finanzchef. «Er sagte mir: Der HCD ist ein sportlicher und fairer Verein. Wir finden eine Lösung.» Bearth und die mit ihr entlassene Kollegin sprechen bei Marc Gianola vor, CEO des Clubs. Auch sie stossen vermeintlich auf Verständnis. Bearth: «Er hat uns angehört und meinte dann: Eine fristlose Entlassung, das gehe schon nicht. Er kümmere sich um die Sache.»

Leere Versprechen. Sowohl Khadra als auch Bearth sagen, nach dem Gespräch hätten sie keinen Lösungsvorschlag des HCD erhalten. Manuela Bearth ist fassungslos: «Den Spielern zahlt der Verein Tausende von Franken im Monat. Wenn einer neu kommt, suchen sie ihm eine Wohnung und kaufen ihm die ganze Einrichtung neu. Aber uns im Restaurant behandeln sie wie den letzten Dreck!»

Der HCD schreibt auf Anfrage, er bestreite «sämtliche Vorwürfe». Man sei aber «stets bereit, Vorschläge für eine Einigung zu prüfen und Lösungen zu finden». Weitere Fragen von work hat er nicht beantwortet, mit Verweis auf «Daten- und Persönlichkeitsschutz».

IMMERHIN: JETZT ZAHLT DER HCD

Auf stur schaltet der HCD anfänglich auch gegenüber der Unia. Als die Gewerkschaft im Namen von Mitglied Semira Khadra den Club kontaktiert, beharrt dieser zuerst auf seinem Standpunkt und erteilt Khadra sogar Hausverbot. Bis Lukas Auer von der Unia Ostschweiz-Graubünden zum Telefon greift. Er sagt: «Im Gespräch wurde klar, dass der HCD offen ist für einen Kompromiss.» Und tatsächlich: Kurz vor Redaktionsschluss unterschreiben Khadra und der HCD einen Vergleich. Alle Streitpunkte werden beigelegt. Khadra akzeptiert, dass das Arbeitsverhältnis im November aufgelöst wurde. Der HCD bezahlt ihr nachträglich anderthalb Monatslöhne als Entschädigung.

Ja, Hockey ist ein rauer Sport. Aber auch hier gibt es Regeln. Und manchmal braucht es einen Schiedsrichter, der dafür sorgt, dass sich alle dran halten.



ILLU: LAURA GONZALEZ MARTINEZ

Laura und die leeren Taschen

Letztens durfte ich wieder mal die Pausenablösung unserer Kassierin übernehmen. Ich war schon lange nicht mehr an der Kasse. Das merkte ich daran, dass ich noch ziemlich ungebübt mit dem neuen Kassensystem bin, zwischen dem Gesuche nach dem Butterwegli-Knopf und dem Über-



Laura mal laut

Laura Gonzalez Martinez ist Verkäuferin in Zürich und Gewerkschafterin.

prüfen, ob das Rückgeld stimmt. Und dann war da dieser Kunde. Beim Bezahlen mit der Karte war sein Saldo zu klein. Ihm war das sehr unangenehm, das sah ich ihm an. Er fluchte vor sich hin, vermied Augenkontakt, grübelte nach seinem Notgroschen und bezahlte bar. Zwei Dinge schossen mir durch den Kopf: Für die paar Sachen, die er kaufte, musste er ganze 50 Franken bezahlen. Und: Mit dem Notgroschen kommt er nicht bis zum Ende des Monats.

NOTGROSCHEN. Das gleiche ist mir einen Tag davor auch passiert. Ich stand an der Kasse, mit dringend benötigten Kleidern für mein Kind und mich. Dann geschah es: mein Saldo reichte nicht aus. Super unangenehm. Hochrot im Gesicht, genervt und hastig sortierte ich die wirklich dringenden Kleidungsstücke aus und bezahlte.

Wir müssen laut über Geld reden, sonst ändert sich nichts.

Auf dem Weg nach Hause rechnete ich verkrampt aus, wie viel ich pro Tag für das Essen ausgeben kann, bis der nächste Lohn kommt. Leider geschah mir das nicht zum ersten Mal. Ich hätte dem Herrn mit dem Notgroschen am liebsten gesagt, dass ich das nur allzu gut kenne. Aber ich hatte Hemmungen. Ich dachte, das geht mich doch nichts an, über Geld spricht man nicht. Diese Haltung habe ich tief in mir.

EXISTENZÄNGSTE. Man spricht nicht darüber, wie viel man verdient. Und schon gar nicht, ob es reicht oder eben nicht. Immer wieder muss ich mich an der Nase nehmen. Wir müssen laut über Geld reden, sonst ändert sich nichts! Helfen hätte ich dem Kunden zwar nicht können. Aber durch Gespräche geben wir Informationen weiter, und wer weiss, vielleicht öffnen sich Möglichkeiten. Und überhaupt: Über Gespräche bin ich in die Gewerkschaft gekommen. Über Gespräche werden Dinge bewegt, wie im März die 13. AHV Rente. Mit vielen Gesprächen werden wir am 9. Juni die Prämienentlastungsinitiative gewinnen. Damit unser Lohn bis Ende Monat reicht und nicht von den Prämien weggefressen wird. Damit uns nicht mitten im Monat Existenzängste plagen.



**work
kommentar**
Jonas Komposch

DER 1. MAI IM SRF: DURCH DEN DRECK GEZOGEN

Ein Krawall ist eine lukrative Sache. Für Glaserfirmen, Versicherungsmakler und besonders für uns Medienschaffende.

Denn egal wer gerade durch die Strassen saubannert: in Sachen Klickzahlen und

Bei SRF reitet man mittlerweile offen antilinke

Kampagnen.

werfer aufführt, ist der News-Tag schon perfekt. Was aber tun, wenn's einmal nicht brennt?

Dieses «Problem» stellte sich der Journi-

Gilde am diesjährigen 1. Mai – und überforderte einige gehörig, darunter die

Kolleginnen und Kollegen des Schweizer Fernsehens SRF. Bekanntlich gab es nir-

gendwo Ausschreitungen. Das höchste der

Gefühle waren kolorierte Vitrinen bei

Chocolatier Läderach in Zürich und ein

paar weitere Kleckser an einer UBS-Filiale in Basel.

DISKREDITIERT. Nun könnte man als

öffentlichrechtliches Medium in dieser

Situation das tun, was auf der Hand liegt:

einen nüchtern-informativen Bericht

verfassen über das bunte Treiben und die

thematischen Schwerpunkte an den über

fünfzig Maifeiern im ganzen Land. Genau

das taten die staatlichen Sender RTS in

der Romandie und RSI im Tessin. Doch im

Schwesterhaus am Leutschenbach reitet

man mittlerweile offen antilinke Kampagnen.

So begann die Tagesschau prompt mit

Bildern der unbewilligten Zürcher

Nachdemo, zu der sich rund 200 Auto-

nome versammelt hatten. Und obwohl

auch diese Veranstaltung keinerlei Kra-

wallbilder lieferte, widmete ihr die Tages-

schau mehr als die Hälfte der ganzen

Beitragszeit. Die erste Interviewpartnerin

darin: eine Polizeisprecherin! Später

durften auch die Gewerkschaften noch

kurz ein Sätzli sagen. Mehr nicht. Schliess-

lich brauchte der Sonderreporter im

Langstrassenquartier noch genügend

Sendezeit – um wieder von den Krawallen

zu sprechen, die es nirgends gab! Deut-

licher hätte das SRF seine Absicht kaum

offenbaren können – der Tag der Arbeit

soll diskreditiert werden, ganz egal was

BEHAUPTUNG. Entsprechend gab sich

auch «10 vor 10» alle Mühe, den 1. Mai

ins Lächerliche zu ziehen. Die Parolen an

den Kundgebungen seien «arg herunter-

gebrochen», urteilte die Sendung. Um

dann Suggestivfragen nachzuschieben:

«Wie realitätsnah ist die Klassenkampf-

Rhetorik tatsächlich?» «Können die Men-

schen mit den plakativen Parolen über-

haupt etwas anfangen?» «Passt das noch

ins Jahr 2024?» Das grosse und letzte

Wort dazu erhielt Jürg Müller, Direktor

der neoliberalen Ideologiefabrik Avenir

Suisse. Er lieferte wie bestellt: Dank dem

Vetropack: Glasfabrik-Büezerinnen und -Büezer reichen Petition ein Die letzte Glasflaschenfabrik muss bleiben!

Die Belegschaft von Vetropack zeigt auf, wie die Fabrik erhalten werden könnte. Unterstützt werden sie von progressiven Politikern und Politikerinnen, die eine Industriepolitik im Interesse des Klimas und der Landesversorgung fordern.

IWAN SCHAUWECKER

Ein Dutzend Vetropack-Arbeiterinnen und -Arbeiter und die Unia überreichten dem Präsidenten des Waadtänder Kantonsparlaments Ende April eine Petition mit über 5000 Unterschriften. Sie fordern den Erhalt der letzten industriellen Glasfabrik der Schweiz, von 175 Arbeitsplätzen und dem einzigartigen Know-how. Abdeslam Landry, Gewerkschaftssekretär der Unia Waadt, sagt: «Es wird immer klarer, dass es möglich ist, den Energieverbrauch in Saint-Prex drastisch zu

Die Fabrik kann rentabler und ökologischer gemacht werden als heute.

senken und den Standort noch rentabler und ökologischer zu machen als heute.»

Eine Arbeitsgruppe der Vetropack-Belegschaft stellte der Konzernleitung ein Projekt zur Beschaffung einer neuen energiesparenden Schmelzwanne und zur klimafreundlichen Modernisierung der Fabrik vor. Die Taskforce, in der die Regierung des Kantons Waadt und



LAUTSTARK AM 1. MAI: Die Vetropack-Arbeiterinnen und -Arbeiter am Tag der Arbeit in Lausanne. FOTO: KEYSTONE

die Vetropack-Chefs vertreten sind, setzte ihre Arbeit ebenfalls fort, um Lösungen für den Produktionsstandort zu finden. Bis Mitte Mai wird Vetropack bekanntgeben, ob sie die Fabrik erhalten will.

APPELL AN DEN BUNDESRAT

Die Grünen-Nationalrätin Sophie Michaud Gigon reichte im Nationalrat eine Motion ein, die von 18 Waadtländer Parlamentarierinnen und Parlamentariern aus allen politischen Lagern unterstützt wird. Sie fordert vom Bundesrat eine Industriestrategie, um Schlüsselsektoren für die Versorgung des Landes zu erhalten und gleichzeitig

die Energiewende zu fördern, insbesondere auch bei der Produktion von Glasflaschen. In der Schweiz werden jährlich etwa 300 000 Ton-

Schon bei der Stahlfabrik in Gerlafingen zeigte Parmelin kein Interesse.

nen Glas pro Jahr rezykliert, ein Grossteil in der Vetropack-Fabrik in Saint-Prex.

Wirtschaftsminister Parmelin reagierte im Fall von Stahl Gerlafingen SO ablehnend auf Forderungen nach einer aktiven Industriepolitik. Obwohl in Gerlafingen Dut-

zende Stellen abgebaut werden (siehe Seite 7) und die Zukunft des Stahlwerks als wichtiger Standort des Schweizer Stahlrecyclings ungewiss ist, sieht der Bundesrat keinen Handlungsbedarf (work berichtete: rebrand.ly/strategie-stahlindustrie).

GANZ VORNE AM 1. MAI

Die Arbeiterinnen und Arbeiter von Vetropack liefen am 1. Mai in Lausanne an der Spitze des Demonstrationzugs mit einer riesigen Flasche durch die Stadt, in der Hoffnung, dass für ihre Fabrik trotz neoliberalen Scheuklappen noch eine zukunftsweisende Lösung gefunden wird.

Besuch bei den Vetropack-Arbeiterinnen und -Arbeitern Sie kämpfen für ihre Fabrik

Die Konzernleitung von Vetropack will den letzten Schweizer Produktionsstandort für Flaschen aus Recycling-Glas schliessen. Doch die Fabrikarbeiter und -arbeiterinnen wollen ihre Fabrik retten.

IWAN SCHAUWECKER

Büro-Mitarbeiterin Corinne Meier (55) erinnert sich sehr gut an den Morgen im vergangenen März, als der Leiter der «Human Resources» der Vetropack-Gruppe um 7 Uhr 30 in Saint-Prex VD auftauchte und die Schliessung des Werkes am Genfersee in Aussicht stellte: «Das war der totale Schock und führte bei mir zu grosser Traurigkeit.» Sie habe gewusst, dass es Probleme gibt, aber die Art und Weise der Kommunikation sei ein harter Schlag gewesen.

IN DER KANTINE. Die kollegiale Stimmung unter den 190 Arbeitenden der Glasfabrik in Saint-Prex ist beim Mittagessen in der Kantine spürbar: Alle ken-



CORINNE MEIER: Seit 37 Jahren bei Vetropack. FOTO: ISC



JOÃO FERREIRA: Präsident der Personalkommission. FOTO: ISC

nen sich, und man schaut zueinander. Viele der Vetropack-Büezerinnen und -Büezer arbeiten schon seit über 20 Jahren hier. Der Speisesaal ist geschmückt mit Luftaufnahmen von anderen Fabriken des Vetropack-Firmenimperiums: die Glashütte Straža in Kroatien, die Vetropack im Jahr 1991 zu Beginn ihrer Osteuropa-Expansion kaufte, Skloobal in Slowenien, Gostomel in der Ukraine und Boffalora sopra Ticino, ein Werk, das



WO ALLES BEGANN: Die Fabrik, die die Konzernleitung schliessen will, war der Geburtsort von Vetropack. FOTO: ISC

2023 östlich von Mailand neu eröffnet wurde.

LEERE VERSPRECHUNGEN.

Die italienische Fabrik liegt 320 Kilometer von Saint-Prex entfernt und ist einer der Gründe, warum Vetropack ihre letzte Schweizer Flaschenfabrik schliessen will. Der Vetropack-Konzern mit Sitz in Bülach ZH investierte in den letzten Jahren 400 Millionen Franken in die Fabrik in Boffalora. In Saint-Prex, wo Vetropack vor

113 Jahren von Henri Cornaz gegründet wurde, fehlte gleichzeitig das Geld für die neue Schmelzwanne. João Ferreira (55) ist Präsident der Personalcommission. Er sagt: «Sie haben uns immer vertröstet, sagten noch letztes Jahr, dass sie den altersschwachen Ofen 2026 ersetzen wollten.» Doch von diesem Versprechen blieb nichts mehr übrig.

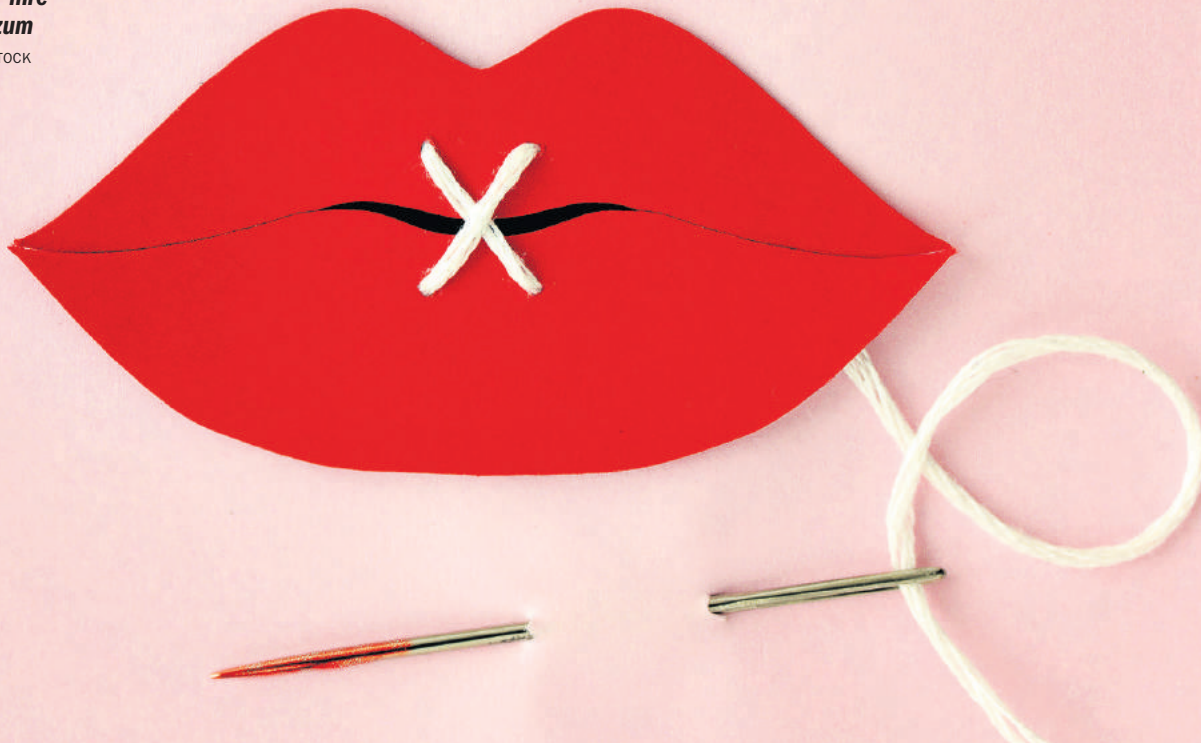
ZUKUNFTSWEISEND. Jetzt kämpft Ferreira mit sei-

nen Kolleginnen und Kollegen und mit der Unia um das Überleben der letzten Schweizer Glasflaschenfabrik und macht Vorschläge für einen kli-

Schliesst die Fabrik, muss das Schweizer Altglas ins Ausland.

mafreundlicheren Betrieb. «Das Glasrecycling wurde in den 1970er-Jahren von Vetropack in der Schweiz eingeführt.» Dieses Prinzip mit den kommunalen Sammelstellen sei inzwischen von fast allen europäischen Ländern übernommen worden. Die Schweiz aber sei weiterhin Europameisterin im Glasrecycling. Falls die Fabrik in Saint-Prex schliessen würde, müsste das Altglas für das Recycling über Hunderte von Kilometern transportiert werden. Ferreira: «Die Schweiz, Erfinderin des Glasrecyclings, wäre dann fast das einzige europäische Land ohne eigene Glasfabrik.»

KEIN GEHÖR: Lernende, die sich auf der Gemeindeverwaltung für ihre Rechte einsetzen, wurden zum Schweigen gebracht. FOTO: ISTOCK



Rassismus und Machtspiele in der Lehre

«Wir wurden mundtot gemacht»

Während ihrer Lehre bei einer Gemeindeverwaltung hat Bianca Allschwiler (24) Grenzüberschreitungen, Rassismus und Schikanen erlebt und sich gewehrt. Was gar nicht gut ankam.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Auf der Toilette, im Keller oder im Archiv weinen. Das mussten Bianca Allschwiler* (24) und andere Lernende während ihrer kaufmännischen Ausbildung bei einer Berner Gemeindeverwaltung fast täglich. Denn dort war die Hierarchie ganz klar: die Stiftninnen und Stifte waren zuunterst. «Wir wurden wie das Letzte behandelt», sagt die 24-jährige gegenüber work. Allschwiler musste immer wieder Rassismus, Erniedrigung, Provokationen und Machtspiele ertragen. Besonders der herrschende Rassismus bereitete der jungen Frau grosse Mühe. «Mein Migrationshintergrund war immer wieder Thema, doch viel schlimmer traf es meinen Mitstift», erzählt sie. Regelmässig wurde er von Mitarbeitenden aufgrund seiner kroatischen Herkunft beschimpft.

* Name geändert

Als sich Allschwiler für ihren Kollegen einsetzte und ihren Chef konfrontierte, blockte dieser ab und behauptete, Allschwiler habe doch einfach nur ein Autoritätsproblem. Dabei hatte sie etliche Gründe, dieses Machtgefälle nicht mehr zu tolerieren: «Ständig wurden mein Aussehen und mein Körper kommentiert. Meine Arbeit wurde degradiert und dauernd kritisiert.» Nicht nur im Chefbüro wurde sie nicht ernst genommen, der gesamte Betrieb belächelte sie für ihren Einsatz. Er schwerend kam hinzu: ihr Chef war auch der Verantwortliche für die Lernenden. «Wer sich für seine Rechte einsetzte, wurde mundtot gemacht», sagt sie.

«Ständig wurde mein Aussehen kommentiert.»

BIANCA ALLSCHWILER

SKANDAL AM SCHALTER

Rassismus erfahren nicht nur die Lernenden. Bei der Einwohnerkontrolle haben die Schaltermitarbeitenden Menschen mit Migrationshintergrund effektiv benachteiligt, indem sie sie extra langsam oder gar nicht bedienten. Bianca Allschwiler sagt: «Dass eine Einwohnerkontrolle ein Ort ist, wo Mitarbeitende ungefiltert ihren ekelhaften Rassismus rauslassen können, ist ein Skandal.» Sie hat sich deshalb bei ihrer Arbeit besonders viel Mühe gegeben mit Menschen, die

von ihren Kolleginnen und Kollegen benachteiligt wurden.

Sie habe sich sogar überlegt, nach der Lehre im Betrieb zu bleiben, damit wenigstens eine Person bei der Einwohnerkontrolle fair und ohne Diskriminierung arbeite. «Doch dafür hatte ich nach drei Jahren schlicht die Kraft nicht», sagt sie. Sie war einfach nur noch erleichtert, nie mehr einen Schritt in diese Büros setzen zu müssen.

AUF AUGENHÖHE

Heute arbeitet Allschwiler in einem Betrieb, wo es für Rassismus und andere Diskriminierungen eine Nulltoleranz gibt. «Das war mir sehr wichtig bei meiner Jobsuche.» Ihre Erfahrungen haben ihr gezeigt, dass sie gerne im sozialen Bereich arbeiten möchte, weshalb sie nach der Lehre eine Berufsmatur gemacht hat und nun Sozialarbeiterin werden möchte.

Auf ihre Lehre blickt die 24-jährige mit Trauer zurück: «Ich trat die Lehre mit einem gesunden Selbstbewusstsein an. Was nach drei Jahren Erniedrigung davon übrigblieb, macht mich traurig», sagt sie. Heute sitze sie aufgrund ihrer Erfahrungen öfter auf den Mund. Umso wichtiger ist es ihr, sich am Arbeitsplatz für Lernende einzusetzen: «Lernende gehören genauso wie der Rest der Mitarbeitenden zum Betrieb. Sie haben das Recht, dass man ihnen auf Augenhöhe begegnet und sie ernst nimmt.»

Schulen, Arbeitsplätze, Parteien, Verwaltungen, Nachbarschaft Fast keine Orte, wo es keinen Rassismus gibt

Rassistische Beschimpfung an einer Tankstelle, ins Koma geprügelt wegen der Hautfarbe und Konflikte am Arbeitsplatz wegen eines Kopftuchs. Im neusten Bericht zur rassistischen Diskriminierung in der Schweiz wird deutlich, dass es hier-

Innerhalb von fünf Jahren haben sich die Meldungen verdreifacht.

zulande fast keine Lebensbereiche gibt, wo Menschen nicht aus rassistischen Motiven ausgegrenzt, beleidigt oder angegriffen werden. Der neuste Bericht, erstellt von der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus in Zusammenarbeit mit der Organisation Human Rights und dem Beratungsnetz für Rassis-

mus, zeigt bedenkliche Zahlen auf. Im Jahr 2023 wurden 876 Fälle von Rassismus gemeldet. Schaut man sich die Zahlen aus den Vorjahren an, haben sich die Meldungen in fünf Jahren verdreifacht.

Die Lebensumfelder, in denen am meisten Diskriminierung stattfindet, sind mit 181 Fällen der Bereich der Bildung, dicht gefolgt von 124 gemeldeten Fällen im Bereich Arbeitsplatz. Weitere Orte, wo Menschen Diskriminierung erleben, sind öffentliche Räume, Verwaltungen, Nachbarschaften sowie Parteien. Die am häufigsten genannten Diskriminierungsmotive sind Ausländer- und Fremdenfeindlichkeit und der Anti-Schwarze-Rassismus. Weitere Motive sind Islamfeindlichkeit, Antisemitismus sowie Rassismus gegen Menschen aus dem ara-

bischen oder dem asiatischen Raum sowie aus der Balkanregion.

WAHLJAHR. Ursula Schneider Schüttel, Präsidentin der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus, erklärt im Vorwort des Berichts: «Auf fallend ist die grosse Anzahl an Meldungen zu verschiedenen rassistischen und ausländerfeindlichen Kampagnen im Wahljahr.» Zudem blickt Schneider Schüttel kritisch in das Schweizer Bildungssystem und den Umgang dort mit Rassismus: «Meldungen von rassistischer Diskriminierung in der Schule stehen in diesem Jahr an erster Stelle. Das ist sehr bedenklich.» Der Anstieg von Fällen an Schulen ist auch auf die Sensibilisierung rund um das Thema Rassismus zurückzuführen. (dak)

Anlaufstellen: Wer Rassismus erfährt, findet hier Hilfe

● Wer Rassismus am Arbeitsplatz erlebt, kann sich Unterstützung bei der Gewerkschaft Unia holen: rebrand.ly/gegen-rassismus.

● Zudem gibt es in jedem Kanton Beratungsstellen. Eine Karte mit den Anlaufstellen ist unter folgendem Link zu finden: network-racism.ch/beratungsstellen.

● Wer auf den sozialen Netzwerken rassistisch angegriffen wird oder Hass erlebt, kann sich über diese Meldeplattform Hilfe holen: reportonlineracism.ch.

Stahl Gerlafingen Management verweigert sogar den Sozialplan

Stahl Gerlafingen schliesst eine ihrer Produktionsstrassen und baut 95 Stellen ab. Die Unia kritisiert die Firmenleitung wegen der unseriösen Zusammenarbeit im Rahmen des Konsultationsverfahrens und fordert die Anwendung des bestehenden Sozialplans.

IWAN SCHAUWECKER

Das Stahlwerk in Gerlafingen SO will die Produktion von Stahlträgern per Ende Mai definitiv einstellen, 95 Stellen streichen und 68 Personen entlassen. Die Unia kritisiert, dass die Firmenleitung wichtige Informationen nur zögerlich oder gar nicht lieferte. Die Personalkommission hatte im Konsultationsverfahren keinen Einblick in entscheidende Geschäftszahlen des Stahlwerks und in den strategisch



UNRUHIGE ZEITEN: Stahl Gerlafingen entlässt Dutzende Búezerinnen und Búezer. FOTO: FABIAN BIASIO

wichtigen Briefwechsel des Unternehmens mit Bundesrat Rósti. Ausserdem verreiste der Stahlwerk-CEO Alain Creteur in die Ferien und war nicht erreichbar. Matteo Pronzini, leitender Industriesekretär der Unia, sagt: «Die Firmenleitung von Gerlafingen nimmt ihre soziale Verantwortung in dieser kritischen Situation überhaupt nicht wahr.»

FEHLENDER WILLE

Das Stahlwerk, das seit 2006 im Besitz der italienischen Beltrame-Gruppe ist, ignoriert sozialpartnerschaftliche Verpflichtungen und will die betroffenen Mitarbeitenden offenbar einfach möglichst schnell loswerden. Pronzini sagt: «Stahl Gerlafingen will den bestehenden Sozialplan, der weitreichende Möglichkeiten für Frühpensionierungen vorsieht, nicht anwenden.» Er fordert, dass dieser Sozialplan die Grundlage für die Umstrukturierung

«Die Firmenleitung nimmt ihre soziale Verantwortung nicht wahr.»

MATTEO PRONZINI, UNIA-INDUSTRIESEKRETÄR

gen des Betriebs bildet. So könnten etwa ältere Mitarbeitende aus dem Betrieb frühpensioniert und durch Personen ersetzt werden, die bisher in der Produktionsstrasse arbeiten, die nun stillgelegt wird.

GEFÄHRDETES STAHLRECYCLING

Stahl Gerlafingen ist mit seinen 560 Mitarbeitenden einer der grössten industriellen Recyclingbetriebe der Schweiz. Entsprechend wichtig wäre auch eine gute Zusammenarbeit mit der Personalkommission und den Gewerkschaften. Im Jahr 1937 unterzeichnete Ernst Dübi, der damalige Direktor des Stahlwerks und Präsident des Arbeitgeberverbandes der MEM-Industrie, die historische Vereinbarung zur Sicherung des Arbeitsfriedens in der Maschinen- und Metallindustrie. Heute gefährden die Manager von Stahl Gerlafingen nicht nur die Zukunft des Schweizer Stahlrecyclings, sondern auch diese sozialen Errungenschaften in der MEM-Industrie.

Am 9. Juni haben die Stimmenden es definitiv in der Hand Umfrage-Mehrheit will Prämien deckeln

Die Prämienlast wird für immer mehr Haushalte bis weit in den Mittelstand hinein unerträglich. Die Prämien-Initiative will das ändern. In den aktuellen Umfragen stimmt eine Mehrheit zu. Doch noch ist nichts gewonnen.

CLEMENS STUDER

In den Umfragen sieht es momentan gut aus: Die Umfrage im Auftrag der TX-Zeitungen wurde am 17. und 18. April durchgeführt. Sie zeigt eine Zustimmung mit 60 Prozent Ja, 40 Prozent Nein und 4 Prozent noch Unentschlossene.

Je reicher jemand ist, desto weniger belasten ihn die Prämien.

Die Fehlerquote liegt bei plus/minus 1,5 Prozentpunkten. Die zwischen dem 12. und 25. April durchgeführte Umfrage der SRG ergab 56 Prozent Ja, 40 Prozent Nein und 4 Prozent noch Unentschlossene. Hier liegt der Fehlerbereich bei plus/minus 2,8 Prozentpunkten.

SCHWERE LAST

Diese Resultate sind nicht halb so erstaunlich, wie die Journalistinnen und Journalisten der Aargauer und Zürcher Zentralredaktionen schreiben und senden. Denn die explodierenden Krankenkassenprämien sind seit Jahren ein drängendes Problem. Für mehr als die Hälfte der Familien reicht das Einkommen derzeit nur knapp oder gar nicht aus. Besonders betroffen sind Haus-

halte mit einem Jahreseinkommen bis 100 000 Franken. Neben den Wohnkosten schlagen die explodierenden Krankenkassenprämien am heftigsten aufs Budget. Und zwar bis ganz weit in die Mittelschicht hinein. Denn: In den letzten 20 Jahren haben sich die Prämien mehr als verdoppelt. Gleichzeitig sind Löhne und Renten kaum gestiegen. Vor allem nicht bei den unteren und mittleren Einkommen (siehe auch Seiten 10 bis 11). Das bringt immer mehr Menschen in finanzielle Schwierigkeiten (siehe Spalte auf Seite 5).

LEICHTE LÖSUNG

Der Grund dafür liegt nicht an der «Übersorgung», nicht am «Anspruchsdenken». Im Gegenteil: Die Zahl der Menschen, die bei gesundheitlichen Problemen aus Angst vor den Kosten nicht zur Ärztin oder zum Arzt gehen, hat sich seit dem Jahr 2010 von rund 5 Prozent auf 18,8 Prozent im Jahr 2023 fast vervierfacht. Denn in keinem anderen OECD-Land müssen Versicherte und Kranke mehr ihrer Gesundheitskosten aus dem eigenen Sack bezahlen: Zu den explodierenden Kopfprämien kommen noch Franchise, Selbstbehalt, rezeptfreie Medikamente und Zahnbehandlungen. Je reicher jemand ist, desto weniger macht das aus.

Und genau hier setzt die Prämien-Initiative an: Sie will die Ausgaben für die Krankenkassenprämien bei 10 Prozent des verfügbaren Einkommens deckeln. Damit lägen sie immer noch über den 8 Prozent, die der Bundesrat und die bürgerlichen Parteien bei der Einführung versprochen haben. Aber sie wären wesentlich erträglicher für die Haushalte mit kleineren und mittleren Einkommen.



BELASTEND: Die explodierenden Krankenkassenprämien sind seit Jahren ein Problem, gegen das die Politik bisher nichts unternommen hat. FOTO: KEYSTONE

Wer soll das bezahlen? Zwei Drittel der Gesamtausgaben soll der Bund übernehmen, einen Drittel die Kantone. Diese werden damit entlastet und beim Bezahlen der Prämienverbilligungen unterstützt. Erwünschter und dringend nötiger Nebeneffekt: Den Versicherten, die die Verbilligung nötig haben, wird diese garantiert. Weil die Initiative verhindert, dass sie gestrichen wird, wenn die bürgerlichen Kantone wieder einmal eine Abbaurunde planen, weil sie lieber die Steuern für Reiche und Konzerne senken möchten. Und das kam in der Vergangenheit häufig vor: Wenn das Prämienwachstum und die Bevölkerungsentwicklung berücksichtigt werden – was eigentlich auf der Hand liegt –, haben 17 der 26 Kantone die Prämienverbilligungen im letzten Jahrzehnt zusammengestrichen. 10 Kantone haben die Beiträge sogar nominal gekürzt. Das

heisst: Sie bezahlen heute auch in Franken weniger an Prämienverbilligungen als vor zehn Jahren.

BERN BEINE MACHEN

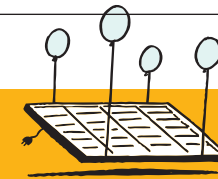
Mit einem Ja zur Prämien-Initiative sinken zwar die Gesundheitskosten im ganzen System nicht. Aber sie können nicht mehr einfach auf die Prämienzahlenden abgewälzt werden. Sondern landen dort, wo auch die Lösungen getroffen werden müssen. Seit Jahrzehnten versprechen der Bundesrat und die bürgerliche Mehrheit des Parlaments Lösungen gegen die steigende Prämienlast. Und liefern nicht. Mit einem Ja am 9. Juni können die Stimmenden der Politik nachdrücklich klarmachen: Wir haben genug von mehr als 20 Jahren Klientelpolitik zugunsten von Pharmakonzernen und Gesundheitsindustrie.

ERNEUTER ANGRIFF BÜRGERLICHE TROTZKÖPFE

Das Ja des Volkes zu einer 13. AHV-Rente gegen ihre Panikmache hat die Verlierer-Koalition von SVP, FDP, GLP und Mitte so erschüttert, dass grosse Teile von ihnen die Fassung auch zehn Wochen nach der Abstimmung nicht wiedererlangt haben. Und tröteln wie kleine Kinder (work berichtete: rebrand.ly/schlechterverlierer).

RENTENALTER. Die rechtsbürgerliche Mehrheit und die GLP der nationalrätlichen Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit will die Finanzierung der 13. AHV-Rente verschieben und verlangt vom Bundesrat eine weitere Vorlage zur Erhöhung des AHV-Rentenalters. Ein höheres Rentenalter hatte das Volk am Tag der Annahme der 13. AHV-Rente haushoch verworfen. (cs)

rosazukunft Technik, Umwelt, Politik



Wasserstoff-Logistik: Erlebt ein altes, abgelaufenes DDR-Patent einen zweiten Frühling?

Die Anzeichen mehren sich, dass dem deutschen Technologie-Start-up Ambartec ein Durchbruch in der Energie- und Wasserstoffspeicherung gelingt. Klappt es, liesse sich schon bald Wasserstoff in Containern transportieren wie Bananen. Per Schiff und per Bahn. Es wäre eine riesige Sensation!

Es findet weltweit ein Wettbewerb der Technologien und der politischen Rahmenbedingungen statt. Auch und gerade auf dem Gebiet der neuen, erneuerbaren Energien. Wer am Ende die Nase vorne hat, bleibt ungewiss.

Überraschung 1: Die Preise für Solarmodule sausen in den Keller. Für Gross-einkäufer runter auf 100 Franken pro Kilowatt-Peak. China baut pro Jahr mehr Solarmodule, als der Weltmarkt zurzeit verbauen kann. In den nächsten zwei, drei Jahren werden auch die Preise der Batterien zu einem entsprechenden Sturzflug ansetzen.

Überraschung 2: Der deutsche Energieanbieter Energie Baden-Württemberg AG (EnBW) ist ein europäischer Stromriese. Er verkauft mehr Strom als die Schweizer Energiekonzerne Axpo, Alpiq, BKW & Co. zusammen. Neu baut die EnBW nur mehr Solarkraftwerke mit dezentralen Batterien vor Ort. Schluss mit Flatterstrom! Schluss mit nicht regulierbarer Bandenergie! Geliefert wird, wenn Bedarf vorhanden ist.

Überraschung 3: Die Anzeichen mehren sich, dass dem deutschen Technologie-Start-up-Unternehmen Ambartec ein Durchbruch gelingt – und zwar auf der



ZUKUNFT: Kommt statt dem Milchmann von Peter Bichsel nächstens der Wasserstoffmann bei Frau Blum vorbei? Druckfrei mit 30 000 Kilowattstunden Wasserstoff im Container? FOTO: ZVG

Basis einer alten DDR-Technologie. Dank Ambartec soll es schon im nächsten Jahr möglich sein, druckfrei pro Kilo Eisenpellets eine Kilowattstunde Strom zu transportieren. Der Strom kann dann wie Bananen in Containern per Schiff und Bahn transportiert werden. Merke: Für die Produktion einer Tonne Eisen bläst man heute noch 1,5 Tonnen CO₂ in die Luft. Doch dank Wasserstoff werden wir nächstens klimafrei Eisen und Stahl produzieren können.

Mit einem Ambartec-Container lassen sich – wenn alles klappt – 30 000 Kilowattstunden Wasserstoff transportieren. Grosse Containerschiffe können 20 000 dieser Standardcontainer mit auf ihre Reisen nehmen. Und somit 600 Millionen Kilowattstunden klimafreien Wasserstoff.

In Marokko ist es möglich, Strom dank Wind und Sonne spottbillig zu produzieren. Und damit in einem nächsten Schritt auch den Wasserstoff. Der Hafen der Stadt Tanger hat eine Kapazität von 6 Millionen Containern pro Jahr. Ein Containerschiff braucht für die Fahrt von Tanger nach Genua und zurück sechs Tage, samt dem Beladen und Entladen der Container. Ein Containerschiff kostet 200 Millionen Franken, so viel wie ein F-35-Kampfflugzeug in Anschaffung und Betrieb. Der Bund müsste ein solches Schiff kaufen und es auf den Namen «Amherd & Rösti» taufen. Wenn es sein muss, könnte dieses pro Jahr 30 Milliarden Kilowattstunden Wasserstoff Richtung Schweiz bringen. Ab Genua ginge der Strom weiter mit der Bahn.

Wollen wir Atomkraftwerke aus dem Markt drängen, trotz Strommehrerbedarf und ohne mehr eigene Solaranlagen und Windräder, müssten jeden Tag 40 Züge von Genua Richtung Schweiz rattern. Und wieder zurück. Denn eine 750 Meter lange Zugskomposition kann 70 Standardcontainer transportieren. Und somit zweieinhalb Millionen Kilowattstunden Wasserstoff.

Und wie steht's mit dem Preis? Der Transport eines Containers von der marokkanischen Stadt Rabat nach Gerlafingen SO darf nicht mehr als 450 Franken kosten, damit der Wasserstoff konkurrenzfähig wird. Und somit 1,5 Rappen pro Kilowattstunde. Sollte nach Adam Riese in einer ersten Annäherung drinliegen.

Konkurrenz droht diesem Containerkonzept von Seiten der Balkonkraftwerke, deren Strom wir direkt in die eigene Wohnungssteckdose einspeisen können. In der Schweiz informieren uns Konsumentinnen und Konsumenten die Sendung «Kassensturz» und die Zeitschrift «Saldo». In Deutschland tut es die Stiftung Warentest. In der neuesten Ausgabe vergleicht sie verschiedene Balkonkraftwerke. Erstens sind die Preise inzwischen noch einmal massiv gesunken. Zweitens müssen die Wechselrichter weniger stark strahlen. Und drittens werden nächsten Batterien für den Tag-und-Nacht-Ausgleich sorgen.

Wenig mutige Prognose: Strom wird so oder anders nicht teurer, sondern atomstromfrei billiger. Vielleicht zentral produziert, vielleicht dezentral. Vor allem, wenn das neue Stromgesetz am 9. Juni angenommen wird.

LINKS ZUM THEMA:

- rebrand.ly/balkonkraftwerke
Im Test war nur eines von acht im Jahr 2023 eingekauften Balkonkraftwerken wirklich gut. Das wird den Wettbewerb stimulieren.
- rebrand.ly/balkonkraftwerk-kaufen
Dieser Händler bietet ein komplettes Balkonkraftwerk mit einer Leistung von 800 Watt samt Wechselrichter für 449 Euro an.

- [ambartec.de](https://rebrand.ly/ambartec.de)
Wer mehr über die Ambartec-Technologie erfahren will, wird hier fündig.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»:
www.workzeitung.ch



IN DIE ÖFFENTLICHKEIT: Im Jubiläumsjahr wollen die Steinhauerinnen und Steinhauer raus zu den Leuten, wie hier am 1. Mai in Bern. FOTO: YOSHIKO KUSANO



ALTE MAuern: Daniel Reber bei der Arbeit am Münster in Freiburg.



AUSRÜSTUNG: Meissel bleiben ein wichtiges Werkzeug der Steinhauer.

Berner «Steinige» feiern 150-Jahr-Jubiläum Sie sind steinalt und stolz darauf!

Einst hatte jede Region ihre Steinmetz-Gewerkschaft. Heute ist der Steinhauerfachverein Bern und Umgebung ein nationales Unikat. Doch Präsident Daniel Reber (29) hat Zukunftspläne!

JONAS KOMPOSCH

Es ist laut im Freiburger Burgquartier an diesem Montagmorgen. Ein Bagger braust um die Kathedrale St. Niklaus und kratzt die letzten Reste der Teerstrasse vom Grund, Elektromonteuere verboren Kabelhalterungen, ein Tiefbauer hantiert mit dem Vibrationsstamper, und die Pflasterer schwingen ihre Hämmer. Fast schon geräuschlos ist da die aktuelle Arbeit von Steinmetz Daniel Reber. Vor



«Unser Handwerk ist sehr schön, aber die Arbeitsbedingungen sind nicht dort, wo sie sein sollten.»

STEINHAUER DANIEL REBER

dem Portal der Kathedrale versetzt er mit zwei Kollegen eine neue Sitzbank aus Naturstein. Statt scharfer Fräsen und spitzer Meissel sind hierfür präzise Schläge mit dem Gummi-Klöpfel gefragt. Noch leiser ist da nur der Archäologe, der am Fuss des Stadtwahrzeichens an einer Skelettrippe pinselt. Wer da wohl liegt? Eingeweiht wurde das Münster jedenfalls schon im Hochmittelalter – nach einer Bauzeit von 147 Jahren.

Derart geschichtsträchtige Arbeitsumgebungen ist Steinmetz Reber gewohnt. Er sagt: «Restaurationen sind unser tägliches Brot. Das führt mich oft an geniale Bauplätze bei Burgen, Schlössern und ähnlichem.» Bei einem Neubau hingegen sei er erst einmal dabei gewesen. Es handelte sich um eine Villa, die der vermögende Kunde mit Steinsäulen verziert haben wollte. Eine Seltenheit. Schliesslich

haben schon vor über hundert Jahren günstigere Kunstbaustoffe den Naturstein verdrängt.

«TÜCHTIG» GEGEN «ÜBELSTÄNDE»

Trotzdem hält sich der uralte Beruf des Steinhauers wacker. «Solange es die Denkmalpflege gibt, werden wir Arbeit haben», schmunzelt Reber. Und er ist sich sogar sicher: «Das Potential ist noch lange nicht ausgeschöpft!» Viele Patrons suchten nämlich händeringend nach Lernenden – ein Problem, das auch Büezer Reber beschäftigt. Denn der gebürtige Murtner ist Präsident des Steinhauerfachvereins Bern und Umgebung, der heute einzigen Arbeitnehmendenvereinigung von «Steinigen» in der Schweiz. Dass unter den einst vielen Fachvereinen nur der bernische überlebt hat, ist kein Zufall. Die Sandsteinstadt Bern galt neben Wien und Strassburg lange als eines der wichtigsten Zentren der europäischen Steinhauerei. Und noch immer liefern die historischen Mauern der Zähringerstadt viel Arbeit. Wobei Reber relativiert: «In Freiburg gibt es fast noch mehr zu tun, denn Bern war immer reicher und konnte seine Gebäude besser instand halten.» Langweilig werde es aber auch in der Hauptstadt nicht. Zumal in diesem Jahr das grosse Vereinsjubiläum begangen wird.

Stolze 150 Jahre hat Rebers Verein bereits auf dem Buckel! 1874 protokollierten die Gründer als Ziel: «Regulierung der Arbeits- und Lohnbedingungen zwischen den Meistern und Arbeitern, ferner Erziehung, Ordnung und Tüchtigkeit, Abschaffung der Übelstände im Berufswesen und gegenseitige Unterstützung». Im Grundsatz sei dieser Zweck noch heute gültig, sagt Präsi Reber. Aber im Jubiläumsjahr gehe es nicht nur darum, sich selbst zu feiern: «Wir wollen raus an die Öffentlichkeit für unseren Beruf!» Deshalb haben die 35 Vereinsmitglieder (darunter 3 Frauen) ein sportliches Programm beschlossen.

FAHNE GEHT INS ARCHIV

Im Juni laden sie zum überregionalen Steinhauertreffen mit Grillfest, im September folgt die Organisation und Betreuung eines Infostands an der Berufsmesse, und im Herbst gibt es eine grosse Ausstellung samt Symposium im Kulturcasino Bern.

Bereits gelaufen ist eine Präsentation an der Messe für Denkmalpflege und die gemeinsame Teilnahme an der Berner 1.-Mai-Kundgebung. Letzteres

zum letzten Mal unter der originalen Vereinsfahne mit dem Spruch «Ehre dem Handwerk mit Meissel und Stein». Ihr genaues Alter kennt Reber nicht, doch sei sie in einem Archiv jedenfalls besser aufgehoben als beim Vereinsfährlich im Estrich. Eine Replika stehe aber schon bereit. Denn der letzte Mai-Aufmarsch sei es sicher nicht gewesen, garantiert der Präsi.

ÜBERZEUGTE GEWERKSCHAFTER

Wie die meisten seiner Kolleginnen und Kollegen ist Reber ein überzeugter Gewerkschafter. Sein Fachverein ist kollektiv der Unia angeschlossen, aber als Verein autonom – auch das eine fast einmalige Organisationsform. Nur die Berner Kaminfegergesellen sind gleich organisiert. Für Reber ist jedenfalls klar: «Unser Handwerk ist zwar sehr schön und befriedigend, doch die Arbeitsbedingungen sind noch nicht dort, wo sie sein sollten.» Handlungsbedarf sieht Reber bei den nicht komplett bezahlten Reisezeiten,

«Wir arbeiten an genialen Bauplätzen wie Burgen und Schlössern.»

STEINHAUER DANIEL REBER

den langen Arbeitstagen und den mässigen Karriereöglichkeiten. Auch der Lohn sei für manche mit Familienpflichten zu knapp. Reber selbst verdient brutto 6200 Franken, wobei er davon profitiert, dass die Firma seines Chefs dem Landesmantelvertrag fürs Bauhauptgewerbe (LMV) unterstellt ist. Mehr industriell orientierte Steinhauerbetriebe dagegen unterstehen teils dem GAV des Natursteinverbands. Und dessen Löhne liegen deutlich unter jenen des LMV. Noch tiefer sind die Löhne im GAV für reine Bildhauerbetriebe.

Schlechtreden will Daniel Reber seinen Beruf aber nicht. Im Gegenteil, es handle sich um eine kunstvolle und auch vielfältige Tätigkeit. Reber etwa hat sich in Denkmalpflege fortgebildet und fungiert in seinem Betrieb auch noch als Werkzeugschmied. Und wenn er von den Eigenschaften des Berner Sandsteins oder des Muschelkalks aus Estavayer-le-Lac schwärmt, tönt er fast wie ein gelehrter Geologe. Doch dann fallen wieder Worte wie «glatter Affe» – kein Fluch, sondern althergebrachter Fachjargon für einen unbehauenen Quader –, und man ist sich wieder sicher: Hier spricht ein stolzer Steiniger!



IM LOT: Die Wasserwaage zeigt, wie genau Reber gearbeitet hat.



PRÄZISION: Die Steine müssen in einer Linie verlaufen.



SCHNURGERADE: Ein einfaches, aber unabdingbares Hilfsmittel.



LEISES WERKZEUG: Der Gummi-Klöpfel bringt Steine in die richtige Position.

Weniger Netto vom Brutto: Nur das reichste Prozent hat tatsächlich mehr Geld im Portemonnaie

Alleinstehende (pro Monat, in Franken von 2024)

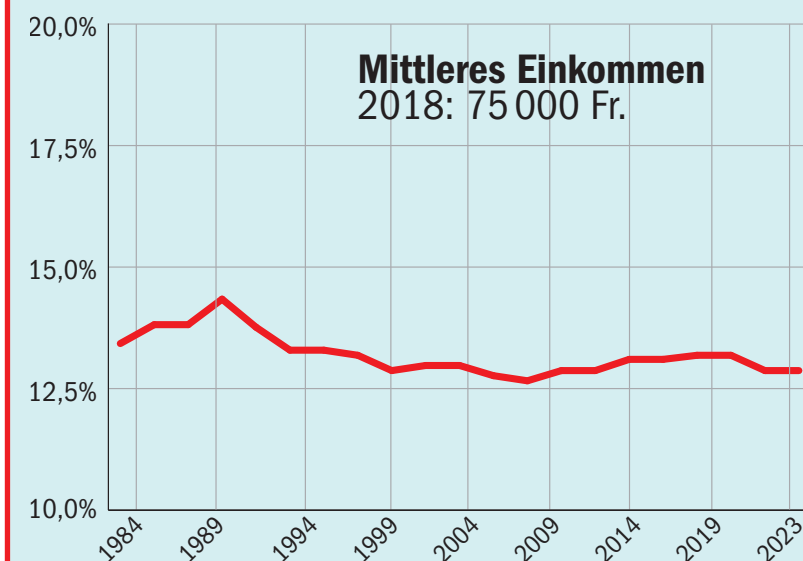
| | Unterste 10% | Mittlere Löhne | Oberste 10% | Oberstes 1% |
|---|--------------|----------------|-------------|-------------|
| Bruttolohn | 120 | 210 | 650 | 3990 |
| Nettolohn (nach SV-Beiträgen/Steuern) | 70 | 120 | 350 | 2000 |
| Krankenkassenprämien (inkl. Verbilligung) | -90 | -100 | -100 | -100 |
| Mieten/Nebenkosten/Energie | -100 | -130 | -160 | -270 |
| Verfügbares Einkommen | -120 | -110 | -90 | 1630 |

Paare mit 2 Kindern (pro Monat, in Franken von 2024)

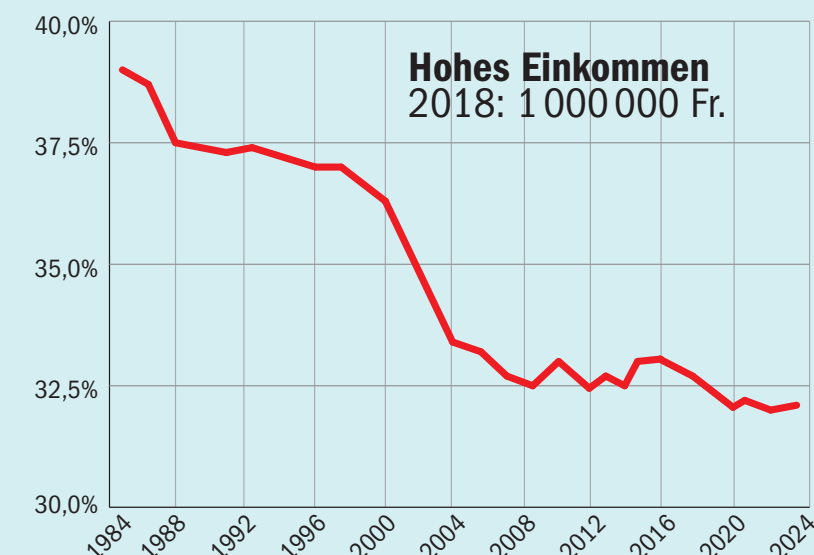
| | Unterste 10% | Mittlere Löhne | Oberste 10% | Oberstes 1% |
|---|--------------|----------------|-------------|-------------|
| Bruttolohn | 170 | 300 | 930 | 5700 |
| Nettolohn (nach SV-Beiträgen/Steuern) | 120 | 160 | 400 | 2670 |
| Krankenkassenprämien (inkl. Verbilligung) | -120 | -160 | -260 | -260 |
| Mieten/Nebenkosten/Energie | -180 | -200 | -260 | -480 |
| Verfügbares Einkommen | -180 | -200 | -120 | 1930 |

Lohnmillionäre jubeln, Mittelschicht ächzt

(Ungleiche Steuerbelastung seit 1984)



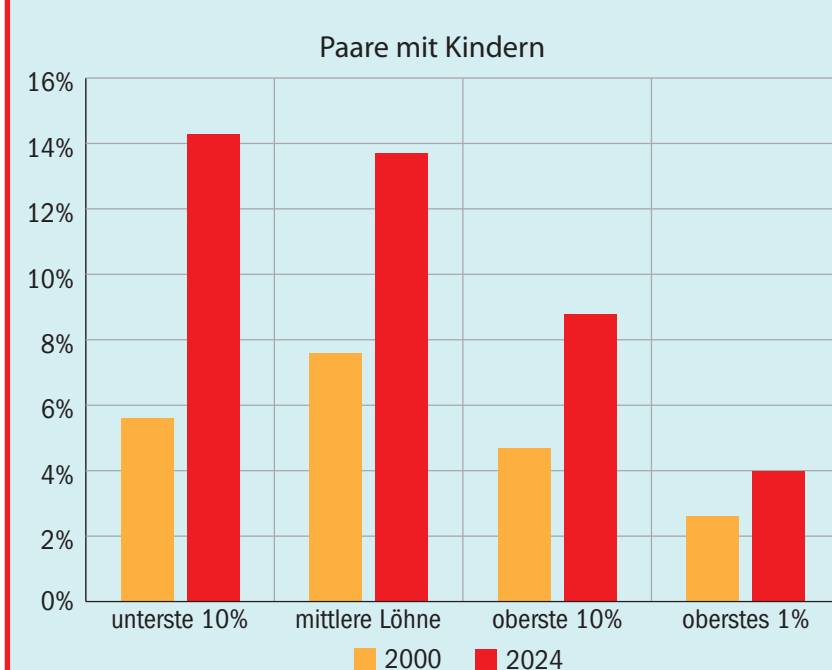
Seit den 1980er Jahren senkten die Kantone die Steuern für Topverdienende massiv. In den Jahren nach der Finanzkrise von 2008 legten sie eine Pause in diesem sogenannten «Steuerwettbewerb» ein, um jetzt wieder weiterzumachen. Auf Bundesebene konnten die Gewerkschaften und fortschrittliche Parteien weitere Steuergeschenke an Reiche und Konzerne teilweise mit Referenden stoppen. Leider fanden Projekte, die Lohn- und Vermögenssichern



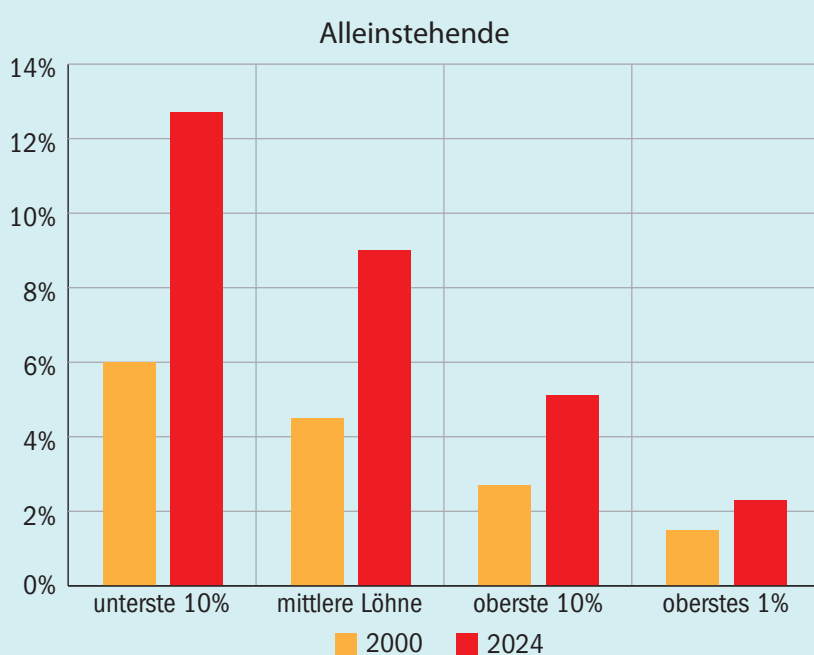
hätten verkleinern wollen, keine Mehrheiten. So etwa eine nationale Erbschaftsteuer oder eine Bonussteuer. Die Gegnerinnen und Gegner argumentierten dabei immer mit dem «Mittelstand». Tatsache ist, dass die bürgerliche Steuer- und Abgabepolitik sich zunehmend auch gegen die Mittelschicht richtete. Haushalte mit mittleren Einkommen bezahlen in 9 Kantonen heute mehr Steuern als vor 20 Jahren, während Topverdienende massiv entlastet wurden.

So viel vom Lohn geht an die Krankenkasse

(Standardprämie nach Prämienverbilligung in Prozent des Nettolohnes)



Das verfügbare Einkommen der Haushalte mit unteren und mittleren Einkommen sinkt nicht nur, weil die Arbeitgeber beim Teuerungsausgleich knifeln. Am heftigsten schlagen die explodierenden Krankenkassenprämien aufs Budget. Und zwar ganz weit in die Mittelschicht hinein. Denn während sich die Standardprämie seit dem Jahr 2000 mehr als verdoppelte, nahmen die Prämienverbilligungen (ohne Sozialhilfe und Ergänzungsleistungen) pro



versicherte Person kaum zu. Der Grund dafür liegt bei den Kantonen, die bei den Prämienverbilligungen sparen, während sie die Steuern für Reiche und Firmen senken. Das hat üble Folgen für immer mehr Menschen. Der Anteil des Nettolohns, der für die Krankenkassenprämien ausgegeben werden muss, nimmt rasant zu. Für untere und mittlere Löhne steigt sie in kaum mehr stemmbare Höhen.

Schweizerischer Gewerkschaftsbund stellt den neusten Verteilungsbericht vor

Die Reichen kassieren, Mittel- und Unterschicht verlieren

Die unteren und mittleren Reallöhne stagnieren, die obersten Löhne steigen stark. Die Krankenkassenprämien explodieren, die Steuern für Topverdienende und Reiche sinken. Seit 2016 hat nur gerade das oberste eine Prozent der Beschäftigten tatsächlich mehr Geld im Portemonnaie.

CLEMENS STÜDER

Der Chef des Wirtschaftsdachverbands Economie-suisse heisst Christoph Mäder. Economiesuisse ist der Verband der Konzerne und der Finanzindustrie. Er finanziert den bürgerlichen Parteien die Wahl- und Abstimmungskampagnen. Christoph Mäder sagte vergangene Woche: «Es geht uns sehr gut, und es geht uns schon sehr lange sehr gut.» Bedauerlicherweise unterliess es der «Tages-Anzeiger», dem Mäder seine Erkenntnis diktierte, nachzufragen, wer denn dieses Mädersche «Uns» sei.

Das «Uns» der 99 Prozent in diesem Land kann Konzernvertreter Mäder nicht gemeint haben. Denn die Haushalte mit unteren und mittleren Einkommen machen seit Jahren finanziell rückwärts. Sogar die obersten 10 Prozent der Haushalte haben 2024

Nur gerade das obere eine Prozent hat real mehr Geld zur Verfügung.

pro Monat real zwischen 90 und 120 Franken weniger im Portemonnaie als im Jahr 2016. Nur gerade das bestverdienende Beschäftigten-Prozent hat real mehr Geld zur Verfügung. Dafür nicht zu knapp: 1630 Franken, Monat für Monat.

Das zeigt der neuste Verteilungsbericht des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB). Dieser belegt wissenschaftlich, was die Mehrheit in diesem Land tagtäglich erfährt:

- Die unteren und mittleren Reallöhne haben seit 2016 kaum zugenommen (rund +2,5 Prozent). Beim bestbezahlten Prozent der Berufstätigen ging es dagegen steil in die Höhe. Die Reallöhne stiegen hier zwischen 2014 und 2022 um fast einen Viertel (+23,2 Prozent).
- Die Krankenkassenprämien sind in den letzten beiden Jahren um 15 Prozent in die Höhe geschossen, während die Löhne stagnierten. Die Prämienbelastung hat sich in den letzten knapp 25 Jahren ungefähr verdoppelt. Darum sind die Prämien für immer mehr Haushalte nicht mehr tragbar.
- Die Kantone senken dafür die Steuern auf sehr hohen Einkommen und Vermögen. Die Steuern für mittlere Einkommen sinken kaum, steigen zum Teil gar. Die unsozialen Kopfprämien der Krankenkassen führen sogar dazu, dass die Steuerprogression (je mehr Einkommen, desto höher auch prozentual sind die Steuern) gebremst bis gestoppt wird.

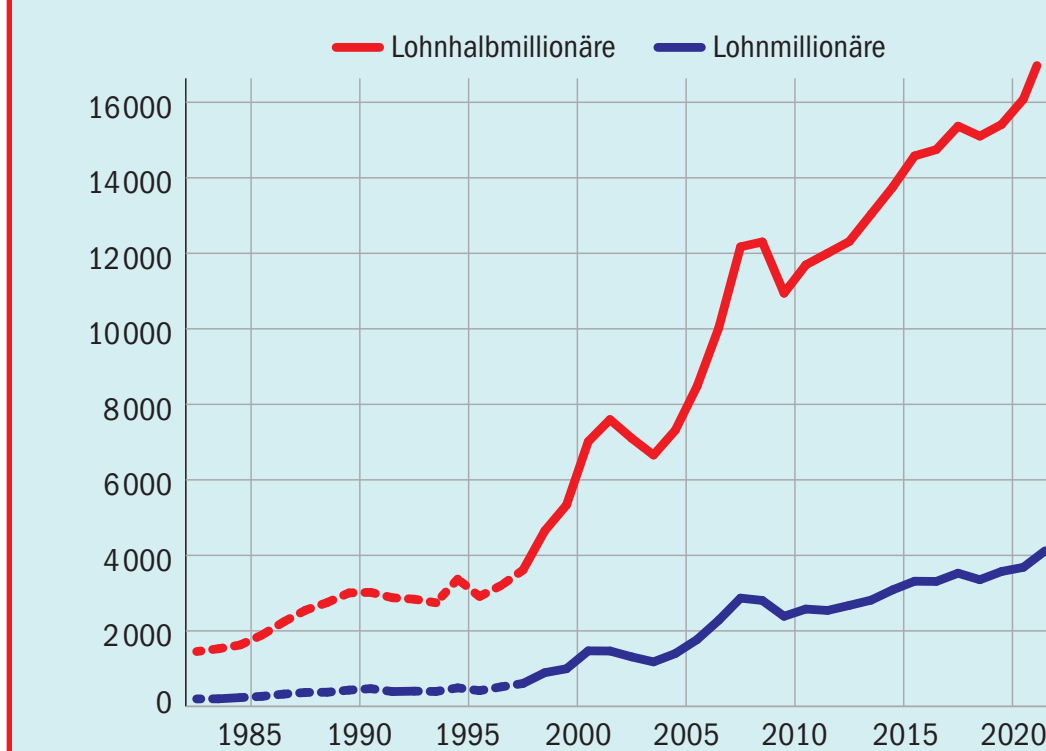
Der SGB-Verteilungsbericht arbeitet mit «Musterhaushalten» auf Basis von Lohn- und Steuerdaten. Im Unterschied zu den Verteilungsanalysen des Bundes, die auf einer Stichprobe von knapp 4000 Haushalten basieren, stützt sich der SGB-Verteilungsbericht auf eine Datenbasis von einer Million Beobachtungen und mehr. Dadurch sind genauere Aussagen über die Verteilung möglich – insbesondere, was die Verteilung der Einkommen ganz oben oder ganz unten betrifft.

BETRIEB, STRASSE, URNE
Unia-Chefin und SGB-Vize Vania Alleva konkretisiert die notwendige Wende in der Lohn- und Einkommenspolitik so: «Wer eine Berufslehre abgeschlossen hat, soll mindestens 5000 Franken im Monat verdienen. Und generell soll niemand für einen 100-Prozent-Job weniger als 4500 Franken bekommen.» Und sie verspricht: «Wir werden die Lohnfrage in diesem Lohnherbst mit Aktionen in den Betrieben und auf den Strassen zum Thema machen.»

Einen wichtigen Schritt können Menschen mit unteren und mittleren Einkommen und Schweizer Pass schon am 9. Juni machen: bei einem Ja zur Prämienentlastungsinitiative wird die Prämienlast auf 10 Prozent des verfügbaren Einkommens gedeckelt.

Neu über 4000 Lohnmillionäre – aber für untere und mittlere Einkommen gibt's kaum etwas

Immer mehr Lohnmillionäre (Anzahl Beitragszahlende, zu Preisen von 2021)



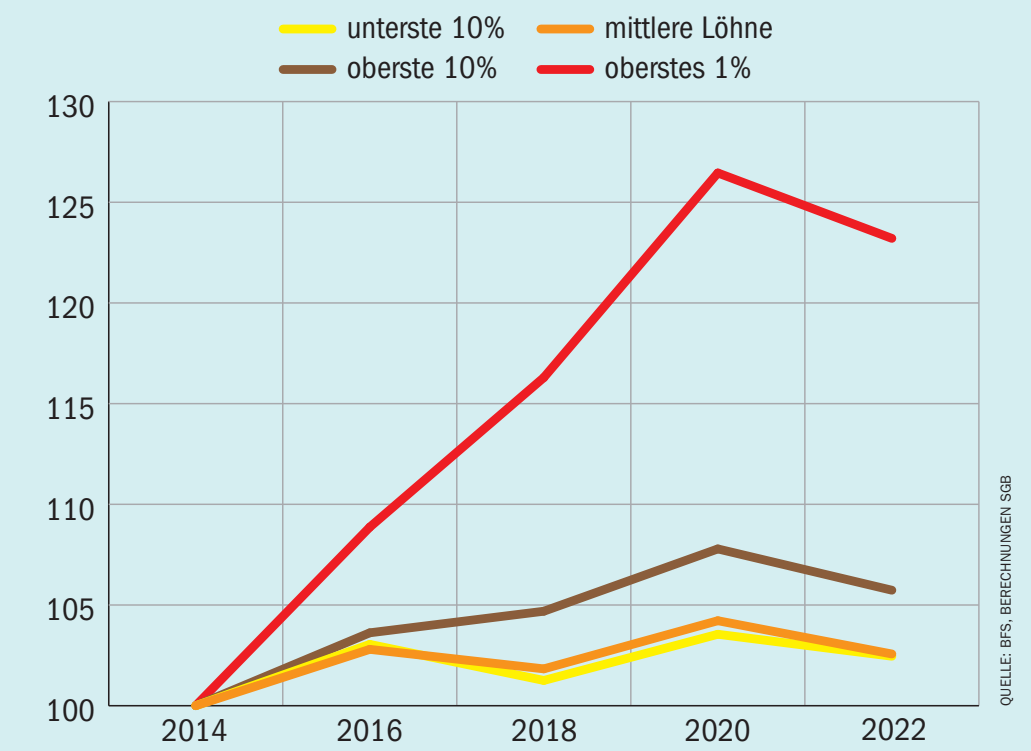
Die unteren und mittleren Reallöhne sind heute real nicht wesentlich höher als im Jahr 2016. Profiteure der letzten Jahre waren die Topverdienenden. Die Gehälter des bestbezahlten Prozents stiegen seit 2014 real um fast ein Viertel. Hauptgrund ist, dass zahlreiche Arbeitgeber ihrer Kundschaft zwar höhere Preise verrechneten, aber nicht bereit waren, ihren Angestellten den generellen Teuerungsausgleich zu gewähren. Ein weiterer wichtiger Treiber der sich öffnenden Lohnschere ist die Individualisierung der Lohnpolitik über Bonuszahlungen. Davon profitiert das bestverdienende eine Prozent überproportional. Das oberste Prozent der Lohnbeziehenden hat heute 3000 Franken pro Monat zusätzlich auf dem Konto. Und: Erstmals haben in der Schweiz über 4000 Menschen teuerungsbereitigt ein Jahresgehalt von einer Million Franken und mehr. Das sind doppelt so viele wie vor 20 Jahren.

Seit 2005 untersuchen Expertinnen und Experten der Unia die Lohnschere in grossen Schweizer Unternehmen. Für die Ausgabe 2023 waren es 37 Firmen, 34 davon an der Schweizer Börse Six kotiert. Das entspricht rund einem Sechstel aller börsenkotierten Unternehmen in der Schweiz. Die Ergebnisse sind repräsentativ. Und erschreckend. Im Durchschnitt betrug die Lohnschere 1:139. Das heisst, die Mitarbeiterin mit dem tiefsten Lohn müsste 139 Jahre arbeiten, um so viel zu verdienen, wie ihr Chef in einem Jahr ein-sackt. Die Rangliste der Schande führten Roche (Lohnschere 1:307), UBS (243), ABB (216), Nestlé (202) und Logitech (198) an.

Die Rangliste der Schande führen Roche und UBS an.

Die unteren und mittleren Reallöhne sind heute real nicht wesentlich höher als im Jahr 2016. Profiteure der letzten Jahre waren die Topverdienenden. Die Gehälter des bestbezahlten Prozents stiegen seit 2014 real um fast ein Viertel. Hauptgrund ist, dass zahlreiche Arbeitgeber ihrer Kundschaft zwar höhere Preise verrechneten, aber nicht bereit waren, ihren Angestellten den generellen Teuerungsausgleich zu gewähren. Ein weiterer wichtiger Treiber der sich öffnenden Lohnschere ist die Individualisierung der Lohnpolitik über Bonuszahlungen. Davon profitiert das bestverdienende eine Prozent überproportional. Das oberste Prozent der Lohnbeziehenden hat heute 3000 Franken pro Monat zusätzlich auf dem Konto. Und: Erstmals haben in der Schweiz über 4000 Menschen teuerungsbereitigt ein Jahresgehalt von einer Million Franken und mehr. Das sind doppelt so viele wie vor 20 Jahren.

Lohnschere geht stark auf (2014 = 100)

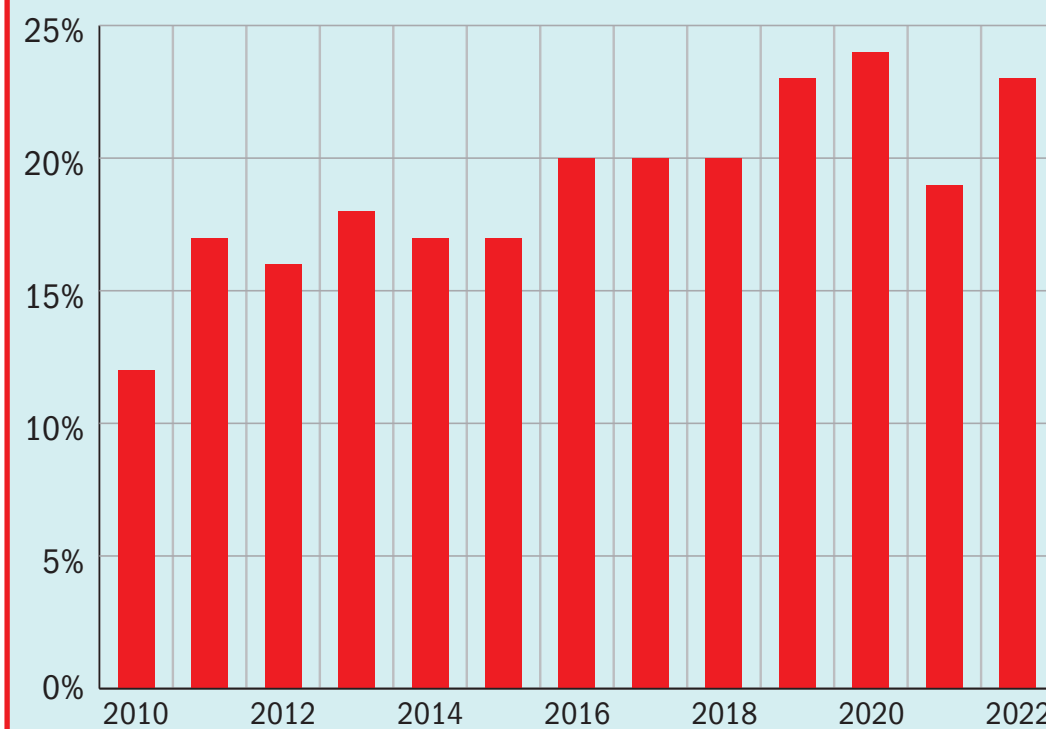


Der Schweizer Medianlohn (die Hälfte verdient mehr, die andere weniger) liegt bei jährlich 81 456 Franken. Ein Lohn von weniger als zwei Dritteln davon gilt als Tieflohn. Das sind rund 54 300 Franken beziehungsweise 13 Monatslöhne à 4177 Franken.

UNFAIR. Die Lohnschere hat sich in den letzten Jahren wieder geöffnet. Für das bestbezahlte Prozent ging's nach oben. Die Reallöhne der bestverdienenden 55 000 Berufstätigen stiegen seit 2014 um 23,2 Prozent. Die unteren und mittleren Löhne um gerade mal 2,5 Prozent. Das heisst: Die oberen Fünfzigtausend kassieren kräftig, die Lohnabhängigen mit unteren und mittleren Einkommen rotieren mächtig. Oder, wie es SGB-Chefökonom Daniel Lampart sagt: «Die Menschen arbeiten viel, und sie arbeiten hart. Aber dabei schaut für sie zu wenig heraus!»

Das Kapital langt zu

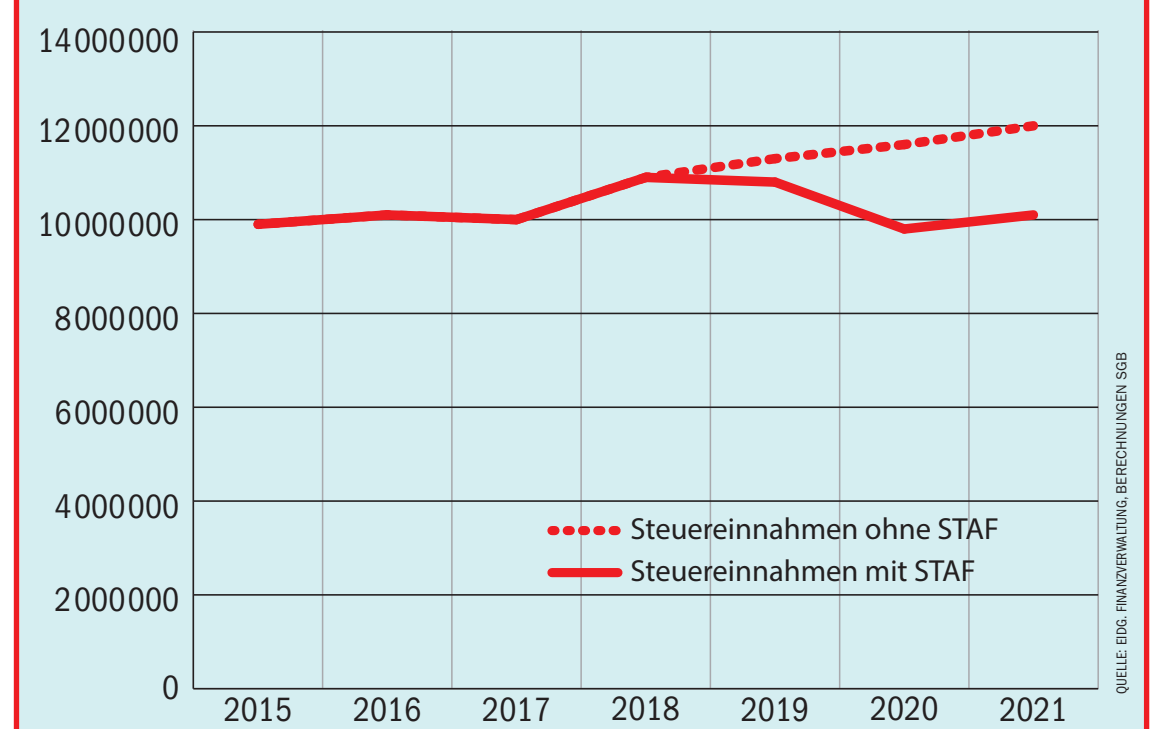
Ausschüttung (Dividenden, u. a.) im Verhältnis zur Lohnsumme (in Prozent)



Während die unteren und mittleren Löhne stagnieren, schütten die Firmen immer mehr an ihre Aktionäre und Aktionärinnen aus. Dividenden sind im Grundsatz nichts anderes als vorenthaltene Löhne. Wachsende Dividendenausschüttungen zeigen also, dass sich Kapitalbesitzerinnen und -besitzer einen wachsenden Anteil des von den Lohnabhängigen erarbeiteten Mehrwerts in die eigene Tasche stecken. Dividenden sind von Sozialabgaben – etwa für die AHV – befreit, und ab einem Anteil von 10 Prozent an einem Unternehmen profitieren Aktienbesitzerinnen und -besitzer von grosszügigen Steuerrabatten. So etwa der Blocher-Clan. Magdalena Martullo-Blocher bezahlt sich als Ems-Chefin ein «bescheidenes» Gehalt von rund einer Million Franken aus. Kassiert aber zusammen mit ihren Schwestern mehr an steuerbegünstigten Dividenden, als alle knapp 2700 Ems-Mitarbeitenden zusammen an Löhnen erhalten.

Firmen bezahlen immer weniger

Gewinnsteuereinnahmen Kantone/Gemeinden (in 1000 Fr.)



Neben den Topverdienenden wurden auch die Firmen steuerlich stark entlastet. Die Umsetzung der neuen OECD-Mindeststeuer (15 Prozent) belastet zwar einige grosse Multis ein bisschen mehr als bisher. Doch viele Kantone und Gemeinden haben das Ja des Volkes zur Vorlage «Steuerreform und AHV-Finanzierung» (STAF) dazu ausgenutzt, die Gewinnsteuersätze für Firmen weiter zu senken und neue Steuerprivilegien einzuführen. Das führt dazu, dass Firmen dank der STAF heute rund 2 Milliarden Franken weniger Steuern an Kantone und Gemeinden bezahlen. Das entspricht einer Steuer-senkung von fast 20 Prozent. Insgesamt ist die durchschnittliche Gesamtsteuerbelastung der Firmen in den letzten 20 Jahren stark gesunken: von rund 19,5 Prozent im Jahr 2003 auf noch rund 13,5 Prozent im Jahr 2023.

Deutschland Parkinson wegen Arbeit mit Pestiziden

Die Nervenkrankheit Parkinson ist in Deutschland neu als Berufskrankheit für Gärtnerinnen, Winzer oder Landwirte anerkannt.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

Parkinson ist eine Erkrankung der Hirnzellen. Die Hauptmerkmale sind Probleme der Körperbewegungen, in Form von Bewegungsverlangsamung und Bewegungsverzögerung, Muskelsteifheit oder Zittern. Bis jetzt gibt es keine Heilung, lediglich die Symptome können gemildert werden. Nach Italien und Frankreich erkennt jetzt auch Deutschland Parkinson als Berufskrankheit an. Die Anerkennung kommt bei Berufsleuten in Betracht, die Herbizide, Fungizide oder Insektizide an mindestens 100 Tagen im Berufsleben angewendet haben, wie zum Beispiel Gärtner, Winzerinnen oder Landwirte.

DÜNNE DATENLAGE

In der Schweiz ist Parkinson nicht als Berufskrankheit anerkannt. Die Schweizer Berufsunfallversicherung Suva erkennt zwar an, dass ein höheres Risiko trägt, wer



RISIKO: Die Arbeit mit Pestiziden kann Krankheiten verursachen. FOTO: KEYSTONE

Pestiziden ausgesetzt ist. Beurteilt wird jedoch im Einzelfall. Zahlenmässig listet die Suva Erkrankungen des Gehörs, der Haut, der Atemwege, des Bewegungsapparats und Tumorerkrankungen zu den häufigsten Berufskrankheiten. Rund 120 bis 170 Fälle betreffen asbestbedingte Krebserkrankungen (work berichtete: rebrand.ly/asbestopfer).

Bei den Parkinson-Erkrankungen ist in der Schweiz die Datenlage dünn, ein nationales Parkinson-Register gibt es nicht. Der Luzerner Arzt und Parkinson-Spezialist Stephan Bohlhalter wagt in der «Luzerner Zeitung» dennoch die These, dass massenhaft Pestizide dafür sorgen, dass immer mehr Menschen in der Schweiz an Parkinson erkranken. Dass wir immer älter werden, reicht als Erklärung nicht.

Die Konzerne behaupten nach wie vor, ihre Produkte seien sicher.

Denn weltweit steigen die Parkinson-Erkrankungen, sogar wenn man den Alterseffekt herausrechnet. In der Schweiz erkranken schätzungsweise 1500 Personen pro Jahr. Eine zuverlässige Analyse von verschiedenen Studien hat gezeigt: Wer beruflich mit Pestiziden zu tun hat, trägt ein mehr als 50 Prozent höheres Risiko, an Parkinson zu erkranken.

GIFTIGE COCKTAILS

Die Zulassungsbehörden prüfen bisher mögliche schädliche Langzeitwirkungen eines Pflanzenschutzmittels gar nicht. Sie konzentrieren sich darauf, ob der einzelne darin enthaltene Wirkstoff die gesetzlichen Anforderungen erfüllt. In der Regel verlässt sich das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit dabei auf die Europäische Lebensmittelsicherheitsbehörde EFSA in Parma. Und insbesondere die Auswirkungen der Pestizid-Cocktails, also der Wechselwirkung verschiedener Gifte, prüfen die Behörden nicht. Die Agro-Chemie-Konzerne behaupten auch weiterhin, dass ihre Produkte sicher seien, wenn man sie nur richtig anwende. Inzwischen sind aber zahlreiche Pestizide verboten, die schädlich für Menschen sind, zum Beispiel seit 2020 das Nervengift Chlorpyrifos.

Tessiner Krebsforscher und SP-Urgestein Franco Cavalli ausgezeichnet

«Bösartige Tumoren werden zur Krankheit der Ärmsten»

Die amerikanische Vereinigung für Krebsforschung (AACR) hat dem Onkologen Franco Cavalli ihren prestigeträchtigen Preis für sein Lebenswerk verliehen und damit zum ersten Mal einem Schweizer. Für Cavalli ist klar: je tiefer das Einkommen, desto tödlicher der Krebs.

CLAUDIO CARRER*

Claudio Carrer: Wie haben sich die Krebserkrankungen im Laufe der Jahrzehnte verändert?

Franco Cavalli: Eine allgemeine Einschätzung ist nicht möglich, weil Krebs so viele verschiedene Krankheiten umfasst. Als ich 1972 anfang, wussten wir allerdings viel weniger darüber als heute. Bei bestimmten Krebsarten waren die Prognosen schlecht: Bei Hodenkrebs, der vor allem junge Menschen betrifft, starben alle, während heute praktisch alle geheilt werden. Bei Brustkrebs wurde eine von fünf Frauen geheilt, während es heute fast vier von fünf sind. Dann gibt es noch andere Krebsarten, bei denen sich relativ wenig geändert hat.

In diesen Jahren gab die Chemotherapie viel Grund zur Hoffnung.

In jenen Jahren herrschte Begeisterung, weil es dank der Chemotherapie die ersten Heilungen gab. Diese ist übrigens nach dem Zweiten Weltkrieg eher zufällig als Produkt der amerikanischen Kriegsforschung entstanden. Mit der Illusion, dass eines Tages alle geheilt sein würden, haben die Medizinerinnen und Mediziner jedoch immer anstrengendere Behandlungen durchgeführt. Bis man erkannte, dass es eine Grenze gibt. Die Chemotherapie

«Die Immuntherapie war vierzig Jahre lang eine Enttäuschung, heute ist sie eine der grössten Hoffnungen.»

FRANCO CAVALLI

als Methode zur Abtötung sich schnell teilenden Zellen konnte nichts ausrichten gegen die vielen Tumoren, in denen sich die Zellen langsam teilen. Es war vor allem das Pflegepersonal, das darauf hinwies, dass zu viele Patientinnen und Patienten unter den schweren Folgen der Therapie litten, ohne einen Nutzen daraus zu ziehen. So begann eine Phase, in der mehr auf die Lebensqualität geachtet wurde. Und parallel dazu wurden neue Therapien entwickelt, die «intelligenter» waren als die Chemotherapie, die wahllos alle Zellen tötet. Zum Beispiel die Immuntherapie, eine Methode zur Stärkung unserer Abwehrkräfte gegen Krebs. Diese war vierzig Jahre lang eine Enttäuschung, aber seit Beginn dieses Jahrhunderts ein grosser Erfolg und heute eine der grössten Hoffnungen.

Warum bekommen wir Krebs?

Es wird geschätzt, dass wir etwa 40 Prozent aller Krebserkrankungen vermeiden könnten, wenn wir alle möglichen Risikofaktoren im Zusammenhang mit der Umwelt oder einem ungesunden Lebensstil vermeiden würden. Etwa 5 bis 6 Prozent der Fälle sind dagegen auf genetische Veranlagung zurückzuführen. In der Hälfte aller Fälle entsteht Krebs zufällig.

Krebs wird voraussichtlich die häufigste Todesursache in der Welt werden und damit die Herz-Kreislauf-Erkrankungen überholen. Wie lässt sich dies trotz den Fortschritten in der Behandlung erklären?

In den reichen Ländern nimmt die Zahl der Krebsfälle im Verhältnis zur höheren Lebenserwartung nur relativ wenig zu. Der grosse Anstieg ist vor allem in den armen Ländern zu verzeichnen, in denen es weder Prävention noch Früherkennung gibt und wo die Umweltbedingungen schlechter sind und chroni-

* Dieser Artikel ist zuerst in der italienischsprachigen Unia-Zeitung «Area» erschienen. work publiziert ihn in einer gekürzten Fassung.



KREBSFORSCHER FRANCO CAVALLI: «Die Pharmaunternehmen sollten gezwungen werden, Medikamente zu produzieren, die für ärmere Länder zugänglich sind.» FOTO: KEYSTONE

sche Infektionen grassieren. Die Tatsache, dass Krebs in 20 bis 30 Jahren die weltweit häufigste Todesursache sein wird (in vielen Regionen ist sie es bereits), ist auch auf die Fortschritte zurückzuführen, die bei der Bekämpfung von Herz-Kreislauf-Erkrankungen erzielt wurden, die viel bedeutender sind als die von Krebs.

Wir wissen, dass bestimmte Stoffe wie Asbest oder Holzstaub Krebs verursachen können. Gibt es weitere Zusammenhänge zwischen Arbeit und Arbeitsbedingungen und dieser Krankheit?

Toxische Faktoren wie Staub, Farbstoffe, Benzin und andere sind zum Teil bekannt, zum Teil aber auch nicht, vor allem wenn die Auswirkungen nicht so stark und daher schwer zu messen sind. Und dann ist da noch der allgemeine Lebensstil. Es ist klar, dass soziale Faktoren eine sehr wichtige Rolle sowohl für das Auftreten von Krebs als auch für das Ergebnis der Behandlung spielen. Man schätzt, dass in Europa jeder dritte Krebstod bei Männern und jeder sechste bei Frauen darauf zurückzuführen ist, dass die Patientinnen oder Patienten einer unterprivilegierten sozialen Schicht angehören.

Wieso ist das so?

Dafür gibt es verschiedene Gründe: Sie sind weniger gut informiert und rauchen daher mehr, sie arbeiten in anstrengenderen Berufen, sie führen einen weniger gesunden Lebensstil (schlechte Ernährung, wenig Sport). Und oft gerade wegen der Art ihrer Arbeit. In Nordengland und Schottland beispielsweise gibt es Arbeiterviertel, in denen der Unterschied in der Lebenserwartung zwischen Arm und Reich ähnlich gross ist wie der zwischen uns und Entwicklungsländern, nämlich etwa 15 bis 20 Jahre.

Wird das Präventionspotential also nicht ausgeschöpft?

Nein. Weniger als ein Prozent der Investitionen im Krebs-Sektor fliesst in die Prävention und kaum mehr in die Früherkennung. Der Grossteil wird für die Behandlung ausgegeben, weil die Pharmaindustrie stark davon profitiert. Und die Staaten tun relativ wenig: Um kurzfristige Ergebnisse zu erzielen, ist die Prävention wenig «interessant», weil die Ergebnisse nicht während einer Legislaturperiode sichtbar sind, sondern erst nach Jahrzehnten.

Wie würden Sie Ihren Beitrag zur Krebsforschung zusammenfassen?

Während meiner ersten Ausbildungsjahre in Bern habe ich mich mit Leukämie, Brustkrebs und neuen Medikamenten beschäftigt. Zurück im Tessin, wo es keine Krebsforschung gab, habe ich mich dann zunächst mit der Erforschung neuer Medikamente beschäftigt. Später aber konzentrierte sich meine Forschung

Weltspitze: Cavalli ist international angesehen

Franco Cavalli (81) ist Arzt und Onkologieprofessor. Bis 2017 war der Tessiner wissenschaftlicher Direktor des onkologischen Instituts der italienischen Schweiz (IOSI). Mit seinen zahlreichen internationalen Auszeichnungen gehört er zur Weltspitze seines Fachs. Als Gesundheitspolitiker wirkte der überzeugte Marxist zwölf Jahre für die SP im Nationalrat. Cavalli ist Präsident des Hilfswerksverbands Medicuba Europa.

hauptsächlich auf die bösartigen Erkrankungen des lymphatischen Systems, ein Thema, dem ich seit 1981 die Internationale Konferenz in Lugano widme, die weltweit wichtigste Veranstaltung auf diesem Gebiet.

Wie sehen Sie die Zukunft der Forschung, und was sind die Prioritäten?

Zunächst einmal gibt es einen geopolitischen Aspekt: Bösartige Tumoren werden zunehmend zu Krankheiten des ärmsten Teils der Gesellschaft. Laut Schätzungen wird die Krebssterblichkeit in den armen Ländern zwischen 2020 und 2040 um 100 Prozent zunehmen, was sowohl auf Umweltfaktoren als auch auf mangelnde Prävention, Früherkennung und Behandlung zurückzuführen ist. Ein Beispiel: Die Hälfte der Länder Afrikas verfügen nicht einmal über ein Strahlentherapiegerät, während wir in der Schweiz 35 Zentren haben. Es besteht also ein Bedarf an Sensibilisierung auf globaler politischer Ebene. Leider haben sich die verschiedenen G-20- und G-7-Staaten bisher geweigert, sich damit zu befassen. Unsere

«Es ist klar, dass soziale Faktoren eine Rolle spielen, sowohl für das Auftreten von Krebs als auch für das Ergebnis der Behandlung.»

FRANCO CAVALLI

Aufgabe als Forscher und Ärzte ist es, die Politik dazu zu zwingen. Und was die Behandlung anlangt, so sollten zunächst die Pharmaunternehmen gezwungen werden, Medikamente zu produzieren, die für ärmere Länder zugänglich sind, wo sie sich heute nur ein Prozent der Bevölkerung leisten kann. Generell glaube ich auch, dass wir viel mehr in Prävention und Früherkennung investieren müssen. Hier stehen wir vor einer grossen Veränderung: In einigen Jahren werden wir eine Reihe von Bluttests haben (an denen wir auch hier im Tessin arbeiten), die es ermöglichen werden, das mögliche Vorhandensein eines Tumors irgendwo zu erkennen. Wir sollten mehr in diese Richtung investieren als in neue Medikamente, die ein wenig besser wirken als die bisherigen, aber zehnmal so viel kosten.



la suisse existe
Jean Ziegler

DIE SCHANDE DER SCHWEIZ

November 1947: Die Uno-Generalversammlung beschliesst, das englische Mandatsgebiet (bis 1918 die ottomanische Provinz Südsyrien) in zwei Staaten aufzuteilen: Israel und Palästina. Die

Trotz widerlegten Behauptungen hat die Schweiz die Zahlung blockiert.

palästinensische Urbevölkerung lehnte die Teilung ab. Die israelische Siedlerarmee Hag-

nah und die israelischen Terrororganisationen Irgun und Stern beginnen eine ethnische Säuberung. Über 4000 palästinensische Dörfer werden zerstört, Tausende palästinensische Bauern und ihre Familien ermordet und über 75 000 Palästinenserinnen und Palästinenser (ein Drittel der arabischen Bevölkerung) vertrieben. Daraufhin ruft die Uno die Hilfsorganisation UNRWA (United Nations Relief and Works Agency in the Middle East) ins Leben.

DIFFAMIERUNG. Heute hat die UNRWA in sechs Ländern, wo 6 Millionen Flüchtlinge wohnen, ein Budget von 900 Millionen Dollar. 32 000 Beamte (13 000 davon in Gaza) arbeiten für das Hilfswerk. Israel kämpft mit allen Mitteln der Diffamierung gegen die Flüchtlingsorganisation, denn diese sichert den Flüchtlingen das Recht auf Rückkehr. Am 7. Oktober 2023 überfielen Kämpfer der Terrorbewegung Hamas Dörfer in Südisrael und begingen fürchterliche Verbrechen. Israel schlug zurück. Gleichzeitig jedoch begann Israel einen mörderischen Vernichtungskrieg gegen die palästinensische Zivilbevölkerung, die am Hamas-Angriff total unschuldig ist. Über 43 000 Menschen wurden bis anhin getötet, 280 000 schwer verletzt. 70 Prozent davon sind Frauen und Kinder. Dazu kommt: Die Regierung in Tel Aviv unterwirft die palästinensischen Familien einer fast totalen Nahrungsmittelblockade. Etliche Kinder sind bereits verhungert.

SPERRUNG. Eine der ganz wenigen internationalen Organisationen, die die Hungersnot bekämpfen, ist die UNRWA. Wie 35 andere Staaten finanzierte die Schweiz (Jahresbeitrag 20 Millionen Franken) bis anhin die Hilfsorganisation. In der Budgetdebatte für das Jahr 2024 hat das Parlament diesen Beitrag jedoch vorläufig gesperrt.

März 2024: Israel behauptet, die UNRWA sei ein «giftiger Baum, dessen Wurzeln die Hamas sind». Sämtliche westlichen Staaten suspendieren daraufhin ihre Zahlungen. Die Uno beauftragt die ehemalige französische Aussenministerin Catherine Colonna mit einem Untersuchungsbericht. Am 22. April widerlegte Colonna die israelischen Behauptungen. Alle westlichen Staaten – ausser den USA und der Schweiz – nehmen ihre Zahlungen wieder auf.

TODESURTEIL. Amnesty International Schweiz sagt: «Der Bruch mit der UNRWA ist eine Schande für unser Land und ein Todesurteil für Tausende hungernder Menschen.» Trotzdem hat der Bundesrat bisher die Zahlungen an die UNRWA gesperrt.

Die enge Rüstungskoooperation der Ruag mit der israelischen Waffenindustrie ist mit ein Grund für die schändliche Haltung der bürgerlichen Parlamentsmehrheit. Laurent Wehrli (FDP), Präsident der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrates, wiederholte, was Aussenminister Cassis schon 2021 verkündet hatte: «Wir brauchen keine UNRWA.»

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein 2020 im Verlag Bertelsmann (München) erschienenes Buch **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten** kam im Frühling 2022 als Taschenbuch mit einem neuen, stark erweiterten Vorwort heraus.



HISTORISCHES EREIGNIS: Gedenkblätter für die Revision der Bundesverfassung von 1874. FOTO: ZENTRALBIBLIOTHEK ZÜRICH

150 Jahre Recht auf Referendum in der Schweiz Geburtsstunde der direkten Demokratie

Im Jahr 1874 gelang ein Kunststück: Die Schweiz mauserte sich zur direkten Demokratie. Das gab es sonst nirgends auf der Welt. Alles ein Werk des Freisinns? Mitnichten.

RALPH HUG

Im April 1874 war es so weit: Eine Mehrheit von Volk und Ständen nahm eine neue Bundesverfassung an. «Es war die fortschrittlichste Verfassung der Welt», urteilt der Historiker Jo Lang anerkennend. Erstmals wird das Kernelement unserer direkten Demokratie Realität: 30 000 Bürgerinnen und Bürger (heute 50 000) können gegen jedes Bundesgesetz das Referendum ergreifen und so eine Volksabstimmung erzwingen. Zur vollen direkten Demokratie wird die Schweiz aber erst 1891, als auch die eidgenössische Volksinitiative eingeführt wird.

ESCHERS ALLMACHT

Die Verfassung brachte ausser den Volksrechten noch weitere Errungenschaften: Handels- und Gewerbefreiheit, Religionsfreiheit auch für die jüdische Bevölke-

rung, allgemeine Volksschul- und Wehrpflicht und ein Bundesgericht, an das man mit einer staatsrechtlichen Beschwerde gelangen konnte. Insgesamt ein unglaublicher Wurf. Alles ein Werk des Freisinns, wie es in unseren Schulbüchern glorifizierend heisst? Mitnichten.

Der Freisinn war nämlich gleichzeitig Fortschrittskraft und volksverachtender Machtapparat. Das zeigte sich am «System Escher». Der mächtige Zürcher Politiker Alfred Escher war sozusagen der erste Oligarch der Schweiz. Er gründete die Kreditanstalt, die heutige Swiss Life und die ETH, war Chef der grössten Privatbahn und sass im Zürcher Regierungsrat und 34 Jahre lang im Nationalrat. Escher hatte die Schweiz im Griff. Niemand kam an ihm und seinem Machtnetz vorbei.

BÜRLIS KONTER

Auch Karl Bürkli nicht. Der Zürcher Frühsozialist, Genossenschaftsfan und Verfechter der freien Liebe zählte zu den schärfsten Kritikern Eschers. In Reden und Schriften überzog er ihn mit Schmähungen und warf ihm Machtmissbrauch vor. Bürkli war Radikaldemokrat und schaffte es, 1869 im Kanton Zürich der direkten Demokratie vom Durchbruch zu verhelfen: Noch vor dem Bund baute der Wirtschaftskanton die Volksrechte mit der Einführung von Referendum und Initiative auf spektakuläre Weise aus – dank Vordenker Bürkli.

Bürkli war aber nicht allein. Eine ganze Volksbewegung wehrte sich in den 1860er Jahren gegen die Auswüchse des

Die direkte Demokratie wurde im Feuer einer sozialen Bewegung geboren.

schrankenlosen Wirtschaftsliberalismus. In vielen Kantonen formierte sich die demokratische Bewegung. In ihr fanden sich Leute aus dem bürgerlichen Mittelstand, aber auch aus der stärker werdenden Arbeiterbewegung zusammen. Sogar katholische Kreise und Föderalismusfans aus der Westschweiz machten mit, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen. Sie alle forderten mehr Mitsprache, soziale Verbesserungen und daher eine neue Verfassung. Das Jahr 1874 wurde so zu einem

Sieg über die herrschende Machtelite in Bern, die sich viel um den eigenen Profit, aber wenig um das gemeine Volk gekümmert hatte. Die direkte Demokratie war somit im Feuer einer breiten sozialen Protestbewegung geboren – und nicht nur am Schreibtisch von liberalen und weitsichtigen Gelehrten, wie es die bürgerliche Geschichtsschreibung erzählt.

OHNE FRAUEN UND BÜEZER

Eine Musterdemokratie war die Schweiz freilich noch lange nicht. So waren die Frauen vom Stimmrecht ausgeschlossen, bekanntlich bis 1971. Auch Teile der Búezzerinnen und Búezzer blieben faktisch

Die revidierte Verfassung war ein Sieg über die Elite in Bern.

ausgeschlossen. Denn wer als armengemässigt eingestuft war, durfte nicht zur Urne. Ohnehin hatte das Proletariat, wie Marx die Arbeiterschaft bezeichnete, in der kapitalistischen Gesellschaft wenig zu melden. Ihre Menschenrechte musste die Arbeiterbewegung erst noch erkämpfen, sowohl gegen den allmächtigen Freisinn als auch gegen den «schwarzen Block» der katholischen Konservativen. Es brauchte den Landestreik von 1918, bis die Linke als gesellschaftliche Kraft endlich ernst genommen und an der Macht beteiligt wurde.

Wegweisend war die Bundesverfassung von 1874 auch mit Blick auf die Gründung der SBB. Eschers Oligarchennetz hatte dafür gesorgt, dass der Eisenbahnbau privat war. Es winkten riesige Profite. Arbeiterführer Robert Grimm schrieb treffend: «Die herrschende Klasse wollte sich die fetten Bissen nicht durch den Staat wegschnappen lassen» (siehe Box). Doch der unkoordinierte Bahnbau endete bald in ruinöser Konkurrenz und Schuldenchaos. Bald wurde klar, dass nur eine Bundesbahn die Lösung sein kann. Es kam tatsächlich zur Verstaatlichung der Privatbahnen und zur Schaffung der SBB – sogar unter Mithilfe der Freisinnigen. Heute hat die staatsfeindliche FDP ihre historischen Verdienste längst vergessen. Zu Recht kritisiert Historiker Lang: «Keine Partei hat ihre Geschichte derart verdrängt und verraten wie die FDP.»

Linke Geschichte: Grimm lesen



«Die Geschichte der Schweiz in ihren Klassenkämpfen» heisst ein Werk von Arbeiterführer Robert Grimm. Ein Klassiker, aber leider vergessen. Grimm hat ihn 1920 im Gefängnis geschrieben, wo er im

Obersimmental eine sechsmonatige Strafe wegen seiner Rolle als Anführer im Generalstreik von 1918 absass. SP-Politiker und Gewerkschafter Grimm war marxistisch geschult. Er las die Schweizer Geschichte als einen Kampf der Klassen um die Macht, wie er auch 1874 bei der neuen Bundesverfassung tobte. Trotz manchmal etwas veralteter Diktion: immer noch sehr lesenswert! (rh)

Unia-Frauenkonferenz Wie soll es weitergehen?

Am 24. und 25. Mai treffen sich die Unia-Frauen in Solothurn, um über wichtige Grundsatzfragen zu entscheiden, sich auszutauschen und zu vernetzen. Und sie wollen festlegen, wie es nach den grossen feministischen Streiks von 2019 und 2023 weitergehen kann. Ebenfalls auf dem Programm steht eine Stadtführung, ein Grusswort von Regierungsrätin Susanne Schaffner und ein Konzert der Frauenband Raetschwyber und Tanz. Die Konferenz ist offen für alle Frauen, Transmenschen und nichtbinären Personen, die Mitglied in der Unia sind.

Unia-Frauenkonferenz, 24./25. Mai, Altes Spital, Oberer Winkel 2, Solothurn. Programm und anmelden unter rebrand.ly/frauenkonferenz24.

Foto-Installation Die letzten Baracken

Auf dem Bühler-Areal unweit des Bahnhofs Biel stehen die letzten im Originalzustand erhaltenen Saisonier-Baracken der Schweiz. Bis in die 1990er Jahre waren darin ausländische Bauarbeiter untergebracht. Von der Öffentlichkeit abgeschirmt, lebten sie in hygienisch prekären Zuständen.



FOTO: LUCAS DUBUIS

Gleich nebenan stand – und steht noch immer – die Villa des Chefs. 2022 wurde das verlassene Areal von einem Kollektiv besetzt, was dem Unia-Mitarbeiter und Fotografen Lucas Dubuis Gelegenheit gab, die Baracken mit seiner Kamera zu dokumentieren. Jetzt öffnen sich die Barackentüren erstmals auch für die Öffentlichkeit.

Fotoausstellung und Führung durch die Baracken mit Historiker Florian Eitel vom Neuen Museum Biel, Samstag, 25. Mai, 17 Uhr, Unterer Quai 30, Biel. Apéro im Anschluss.

Tagung Lohndumping in Europa

In den gegenwärtigen Verhandlungen mit der EU kämpfen die Schweizer Gewerkschaften für den Lohnschutz und die Stärkung der flankierenden Massnahmen. Unterstützt werden sie dabei von den europäischen Gewerkschaften. Denn sie sind mit denselben Problemen konfrontiert. Um gemeinsame Strategien zu erörtern und die internationale Solidarität zu stärken, organisiert die Unia eine Tagung zum Thema «Lohndumping und Lohnschutz in Europa». Dabei werden verschiedene Gewerkschaften aus der EU ihre Arbeit vorstellen. Ausserdem haben die Teilnehmenden Gelegenheit, den Entwurf eines Manifests «für eine soziale Schweiz in einem sozialen Europa» zu diskutieren. Die Tagung wird simultan ins Deutsche, Französische und Englische übersetzt. Eingeladen sind alle Unia-Mitglieder.

Europa-Tagung der Unia, am 29. Juni im Kongresshaus an der Zentralstrasse 60 in Biel.

Politikerpaar entlarvt Norwegens Steuerflüchtlinge So stinkt die «Lachskarawane»

Um dem Zugriff des Fiskus zu entgehen, ziehen Norwegens Superreiche zunehmend in die Schweiz. Doch das mediale Getöse darüber ist lauter als nötig – und politisch motiviert.

FLORIAN SIEBER*

«Norwegerwelle» und «Lachskarawane» – wenn es um die Auswanderung reicher Norweger in die Schweiz geht, haben sich hiesige Medien ziemlich abstruse Namen ausgedacht. Anlass der Migration aus dem Norden ist die Steuerpolitik der sozialdemokratischen Regierung. Diese hat 2022 den maximalen Vermögenssteuersatz von 1 auf 1,1 Prozent erhöht. Leicht gestiegen ist auch der Satz für Dividenden und Kapitalerträge – von 35,2 auf 37,8 Prozent. Seither sind 88 Superreiche in die Schweiz

Hinter den vielen Schlagzeilen steckt eine Angstkampagne der Reichen selbst.

ausgewandert – also eine Person etwa alle zwei Wochen. Unter den 2322 Norwegerinnen und Norwegern in der Schweiz machen sie zwar nur einen Bruchteil aus. Doch von den 400 Reichsten aus Norwegen leben zurzeit 47 in der Schweiz, also mehr als 10 Prozent. Deshalb haben Sofie Marhaug (33) und Mimir Kristjánsson (37) diese Steuerflucht genauer unter die Lupe genommen. Die beiden politisieren für die linke Oppositionspartei Rødt (die Roten) im Parlament und sind privat ein Paar. Ihre Recherchen haben sie jetzt in einem Buch publiziert. Mit «Hilfe, sie ziehen in die Schweiz!» hätte sein Titel ironischer kaum sein können.

URNER WOHNSITZ AUF PAPIER

Gegenüber work erklärt Marhaug: «Das ganze Theater begann im September 2022 mit dem Wegzug von Kjell Inge Røkke ins Tessin. Als er ging, war es wie ein Signal für die anderen Reichen: Jetzt können auch wir in die Schweiz.» Der in der Fischfang- und Offshore-Industrie reich gewordene Røkke (65) inszeniert sich gerne als «Selfmade-Milliardär» und Wohltäter. Als er ein WWF-Forschungsschiff finanzierte, erzählte er der Zeitung «Aftenposten», wie wichtig es ihm sei, der Gesellschaft «etwas zurückzugeben». Steuern waren da offenbar nicht mitgemeint – und das, obwohl der Fiskus einst weit mehr zulangte. Buchautor Kristjánsson sagt: «Vor der gegenwärtigen Regierung waren acht Jahre lang die Rechten an der Macht. Sie machten den Reichen viele Steuergeschenke. Heute sind wir noch nicht einmal auf dem Steuerniveau, das davor Bestand hatte!»

Für seine Recherchen hat das Politpärchen auch ausgedehnte Streifzüge durch die Schweizer Villenhügel, Seelagen und Reichenghettos unter-



WAREN FÜR IHR BUCH IN DER SCHWEIZ: Sofie Marhaug und Mimir Kristjánsson zeigen auf, dass die reichen Norweger, die in die Schweiz gezogen sind, ihren Lebensmittelpunkt meist ganz woanders haben. FOTO: HENRIK HELDAHL

nommen. Die Bilanz daraus: Die meisten norwegischen Steuerflüchtlinge leben nur auf dem Papier hier. So habe Alf-Inge Haaland (51), der Vater des Manchester-City-Stürmers Erling Haaland (23), seinen Wohnsitz zwar in Andermatt UR, seinen Lebensmittelpunkt aber in England, wo er kräftig im Fussballzirkus mitmische. Auch von Milliardär Røkke habe im «Collina d'Oro» bei Lugano jede Spur gefehlt. Das Luxusresort dient ihm als offizieller Wohnsitz. Und die Millionenerbin und Influencerin Phoebe Hveem Lier (29) liege sowieso mehrheitlich an irgendwelchen Traumstränden herum oder lasse sich beim Shoppen in Paris ablichten. Hinter den Schlagzeilen der «Norwegerwelle» stecke denn auch weniger eine sich anbahnende Katastrophe als vielmehr eine gezielte Angstkampagne der Reichen selbst.

EFFIZIENTER PROPAGANDA-APPARAT

Diese Kampagne solle die regierende Mitte-links-Koalition unter Druck setzen. Kristjánsson sagt: «In den letzten Jahren haben die Reichen einen enormen Propagandaapparat aufgebaut.» So kassierten Heerscharen von Anwältinnen und Anwälten hohe Geldsummen, um dafür die geplanten Anti-Steuerflucht-Gesetze zu bekämpfen. Auch die norwegischen Tageszeitungen spielten eine unrühmliche Rolle: «Sie zitieren diese Anwälte als Experten, obwohl sie nichts anderes als Lobbyisten sind.»

Wie aber will die rote Partei dieser Kampagne begegnen? Marhaug sagt: «Wir müssen die

Vorstellung bekämpfen, dass man mit Steuern Reiche bestehle.» Schliesslich seien ihre Profite ja nur durch Ausbeutung der arbeitenden Allgemeinheit und der Natur erst möglich geworden. Zudem müssten die erhobenen Steuern auch effektiv dem Volk zugute kommen, nur so sei ihre Legitimation gesichert.

Aber letztlich, ergänzt Kristjánsson, müsse man eines klar sagen: «Der Wegzug von ein paar Reichen ist kein Weltuntergang.» Die Abwanderung gelte es zwar zu stoppen, aber nicht um jeden Preis. Denn Norwegens Reichtum basiere auf natürlichen Ressourcen, einer ausgezeichneten Arbeiterschaft und einer starken Zivilgesellschaft. «Aber nicht auf Milliardären!»

* Florian Sieber hat Slavistik studiert und ist Redaktor beim Winterthurer Radio Stadtfilter und bei der Zeitung vorwärts.



ANTI-PROPAGANDA: Das Buch zu den «Flüchtlingen». FOTO: ZVG

worklxl der wirtschaft

David Gallusser



EIN JAHRZEHNT OHNE LOHNFORTSCHRITT DROHT

Mit dem mittleren Lohn kann man sich heute in der Schweiz nur so viel leisten wie 2015. In Franken wird zwar mehr ausbezahlt. Aber weil die Preise gestiegen sind, ist von den Lohnerhöhungen fast nichts geblieben. Besonders schlecht war die Entwicklung seit 2021. Viele Arbeitgeber verweigerten den Teuerungsausgleich. Die Kaufkraft des mittleren Lohns ging zurück. Auch die letztjährige Lohnrunde konnte die Verluste nicht ausgleichen. Gemäss Prognosen liegt der mittlere Lohn nach Abzug der Teuerung 2024 nur geringfügig höher als im Vorjahr. Es gab zwar gute Abschlüsse wie bei Coop, in der Reinigung oder in einzelnen Industriefirmen. Vielerorts knausernten die Chefs aber weiter. Beispielsweise die Baumeister. Sie verweigerten Verhandlungen und zahlten auch individuell oft keine besseren Löhne.

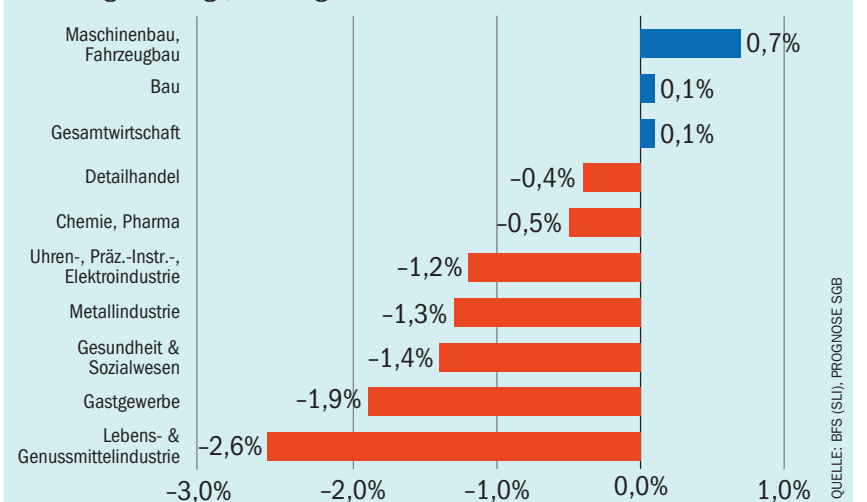
WENIGER KAUFKRAFT. Besonders schlecht war die Entwicklung seit 2015 im Gastgewerbe, im Gesundheits- und Sozialwesen, aber auch in

Teilen der Industrie (vgl. Grafik). Selbst in der erfolgsverwöhnten Chemie und Pharma liegt die Kaufkraft der Löhne heute 0,5 Prozent tiefer. Im Maschinen- und Fahrzeugbau war das Wachstum zwar besser als im Durchschnitt. Das liegt aber im wesentlichen an Lohnerhöhungen, die bereits 9 Jahre zurückliegen. Im Bau wiederum ist die Bilanz nur dank positiven Abschlüssen im Ausbaugewerbe nicht schlechter.

GUTE GESCHÄFTE. Die Entwicklung ist besonders stossend, weil es den Unternehmen gutgeht. Viele haben vom Aufschwung nach der Pandemie profitiert. Es gelang ihnen oft, die höheren Kosten auf ihre Kundinnen und Kunden abzuwälzen. Die Margen sind deshalb gut. Die Mehrheit der Firmen ist zufrieden mit ihrem Geschäft. Dazu gehören beispielsweise auch viele Patrons im Gastgewerbe, die ihrem Personal die nötigen Lohnerhöhungen vorenthalten. Das gute Geschäft widerspiegelt sich auch in der Produktivität. Die Arbeitneh-

Die Kaufkraft schrumpft

Wachstum der mittleren Löhne nach Branche zwischen 2015 und 2024, teuerungsbereinigt, mit Prognose für 2024



den wurden in den vergangenen 9 Jahren erneut leistungsfähiger. Das gilt gerade für den Detailhandel. Aber auch in der Industrie und in weiteren Dienstleistungsbranchen wird heute in der gleichen Zeit mehr gearbeitet.

Das muss sich endlich in besseren Löhnen niederschlagen. Sonst wird bereits 2025 ein Jahrzehnt ohne Lohnfortschritt Tatsache.

David Gallusser ist Ökonom beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB).



EIN UNHEIMLICHES GESPANN:
EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (l.) verwöhnt ihre neue rechte Freundin Giorgia Meloni.
FOTO: KEYSTONE

EU-Parlamentswahlen: Ultrarechte mit strategischer Spitzkehr

Die Romanze am rechten Rand

Rechtsextreme Parteien werden im Juni die Europawahlen gewinnen. Stoppen können sie allein noch die Gewerkschaften – unter einer Bedingung.

OLIVER FAHRNI

Niemand wird später sagen können, er oder sie habe nichts gewusst. Am 28. April drohte Italiens Regierungschefin Giorgia Meloni in Pescara an der Adria den 450 Millionen Menschen der EU mit einer rechten «Revolution». Natürlich unter ihrem Kommando.

Die Neofaschistin Meloni findet, die Lage Europas sei reif für eine Machtübernahme durch ihre Rechtsextremen. Nur neun Jahrzehnte nach der faschistischen Diktatur Mussolinis will auch sie Geschichte schreiben. Beim Sprechen formt sie die Hände zu Krallen. «Italien ist wieder eine Macht», sagt sie, und auf ihrem Podium steht: «Italien verändert Europa.»

DIE EU AUSHÖHLEN

Giorgia Meloni, seit Oktober 2022 im Amt, beschleunigt gerade den autoritären Umbau Italiens. Prominente Kritikerinnen und Kritiker lässt sie mit Prozessen einschüchtern. Für Gewerkschaften und NGO setzt es Prügel von Polizei und rechten Kommandos. Autorinnen und Journalisten werden zensuriert, den öffentlichen Rundfunk RAI hat sie zu ihrem Megaphon gemacht. Die Geschichte des Faschismus und der italienischen Kolonialmassaker lässt Meloni um- und schön schreiben. Jetzt greift sie die Abtreibung an. Und eine neue Verfassung soll ihr Macht einräumen.

Meloni höchstpersönlich führt die Liste ihrer Partei Fratelli d'Italia für die Wahlen ins EU-Parlament (6. bis 9. Juni) an. Dort tagen will sie aber nicht, der Zirkus dient einer grösseren Ambition. Die der ungarische Präsident Viktor Orbán, ein Mentor Melonis, so zusammenfasst: «Brüssel besetzen».

Auf den ersten Blick scheint das bizarr. Die Rechtsextremen sind die schärfsten EU-

Feinde. Der Brexit gilt ihnen noch immer als Vorbild. Doch heute führt niemand so intensiv Wahlkampf wie die Ultrarechten, von Milliardären und neoliberalen Think-Tanks wie dem American Enterprise Institute kräftig alimentiert.

Diese strategische Spitzkehr ist der Absicht geschuldet, die EU von innen zu instrumentalisieren und auszuhöhlen. In Melonis Reden, im Programm der deutschen AfD und

Die Rechten wollen eine EU à la carte, die Gewerkschaften kriminalisiert.

in den Meetings von Frankreichs Marine Le Pen tritt ein fixes Muster hervor: Europa der Nationen. Übersetzt: Sie wollen ein abgeschottetes, rachitisches Europa von autoritär regierten Einzelländern. Eine EU à la carte, die ihre Sozialstandards wie Gleichstellung, Entsenderichtlinien oder Konzernverantwortung schleift. Die Gewerkschaften und Linke kriminalisiert. Die demokratische Regeln, Meinungsfreiheit und den Respekt der Menschenrechte streicht. Die den grünen Pakt für Klima und bessere Arbeit kippt und Klimabewegte als «Ökoterroren» jagt. Neuerdings ist die Klimälüge zum dominierenden Mantra rechtsextremer Politik neben der Migration aufgestiegen.

ULTRAS FÜHREN DEN WAHL-TANZ AN

Verrückt nur, dass sie damit gewinnen könnten, obschon die Migration im europäischen Sorgenbarometer weit unten, das Klima aber weit oben steht. Derzeit führen rechte Ultras den Wahl-Tanz für das EU-Parlament in Italien, Frankreich, Österreich und den Niederlanden an. In Deutschland, Polen, Schweden und Portugal mischen sie vorne mit. Das neue europäische Parlament dürften sie mit etwa 25 Prozent der Sitze dominieren. Was wiederum die EU-Kommission nach rechts drängt.

Gleichzeitig baut Meloni heimlich an einer Koalition mit der Europäischen Volkspartei (PPE) von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. Solche Bündnisse zwischen Bürgerlichen und Rechtsextremen existieren bereits in diversen Ländern.

Als 2000 die ultrarechte FPÖ in Wien an die Macht kam, reagierte die EU noch mit scharfen Sanktionen. Heute verwöhnt von der Leyen ihre neue rechte Freundin. Meloni hat es geschafft, sich für Brüssel ein gemässigt Image anzuschminken, indem sie etwa für die Ukraine-Kredite stimmte.

Die Annäherung ist ein Mass dafür, wie es um die Demokratie steht. Dunkel munkelte Frankreichs Präsident Emmanuel Macron diese Tage: «Europa kann auch sterben.»

Nur ist der Mann eher Täter als Beobachter: Mit seiner neoliberalen Politik sozialer Zerstörung, immenser Bereicherung der wenigen, brutaler Repression jeden Protests, Abriss des Service public und mit zahlreichen Anti-Islam- und Sicherheitsgesetzen hat Macron den Neofaschisten einen Boulevard zur Macht geöffnet.

HIRNTOTE REGIERUNGSLINKE

Maurizio Landini, Generalsekretär des grossen italienischen Gewerkschaftsbundes CGIL, sagt: «Seit dem ersten Tag fährt Meloni eine Offensive gegen die Arbeitenden. Diese Regierung missachtet die Gewerkschaften. Sie befiehlt, es gibt keinerlei sozialen Dialog mehr.» Also fuhr Landini nach Paris, um mit französischen und deutschen Gewerkschafterinnen gemeinsame Strategien gegen rechts zu gewinnen. Eine französische Syndikalistin: «Die Regierungslinke ist hirntot, der Neoliberalismus aber brutaler denn je. Also sind wir Gewerkschaften die letzte grosse demokratische Kraft, die sich den Rechtsextremen in den Weg stellen kann. Unsere Hand darf niemals zittern.»

«Warnendes, moralisierendes Gerede», das weiss Sophie Binet, Chefin der französischen CGT, «bringt nichts. Fast alle politischen Kräfte, die Sozialisten eingeschlossen, haben sich dem neoliberalen Diktat unterworfen. Doch wir schlagen die Rechtsextremen nur, wenn wir es wagen, starke Alternativen zu tragen, ein umfassendes progressives Projekt für die ganze Gesellschaft.» Also nur, wenn die Gewerkschaften ihre angestammten Kampfzonen erweitern und sie – zweite Bedingung – mit den zahllosen Bürgergruppen und NGO, die gegen Rassismus, Neoliberalismus und Nationalismus stehen, breite Bündnisse schaffen.

EU-Financen

Sparfanatiker im Aufwind

Ende April: Zum letzten Mal vor den EU-Wahlen kommen die Europaabgeordneten nach Strassburg. Die Spannung könnte nicht grösser sein. Es stehen die Schlussabstimmungen über zentrale sozial- und wirtschaftspolitische EU-Gesetze an.

SIEG. Die guten Nachrichten zuerst. Die Wirtschaftslobbyisten konnten die Verabschiedung der EU-Lieferkettenrichtlinie nicht mehr verhindern. Dieses neue Ge-



Roland Erne war Chemielaborant und GBI-Jugendsekretär. Seit 2017 ist er Professor für Europäische Integration und Arbeitsbeziehungen am University College Dublin.

setz stärkt die Rechte aller Beschäftigten, die für Zulieferer von Konzernen arbeiten – und das weltweit. Firmen können nun von Nicht-EU-Gewerkschaften in der

Das neue Gesetz stellt den Abbau des Defizits über den sozialen Zusammenhalt.

EU einfacher verklagt werden, wie dies die United Auto Workers (UAW) aus den USA schon angekündigt haben. Genauso winkte das Parlament die EU-Plattformarbeitsrichtlinie durch, das die Rechte der Kurierinnen und Kuriere von Uber, Deliveroo & Co. stärkt (work berichtete: rebrand.ly/kuriere-eu).

NIEDERLAGE. Die europäischen Gewerkschaften kassierten in Strassburg aber auch eine schmerzliche Niederlage. Trotz den Warnungen des Europäischen Gewerkschaftsbunds, der Grünen und der Linken-Fraktion im EU-Parlament stimmten die meisten sozialdemokratischen Abgeordneten mit den rechten und liberalen Parteien für ein neues EU Gesetz, das die Staatsausgaben der EU-Mitgliedstaaten bremsen soll. Inmitten der aktuellen sozialen, ökologischen und geopolitischen Krisen hat sich also die alte Garde der EU-Sparfanatikerinnen und -fanatiker wieder durchgesetzt, mit der verblüffenden Komplizenschaft der meisten Sozialdemokraten.

BERÜCHTIGT. In der Corona-Pandemie hatte die EU die «alten» Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts (SWP) ausgesetzt, da die Einhaltung der willkürlichen Kennzahlen des Pakts viele Menschenleben gekostet hätte. Doch nun sollen die berechtigten Quoten für das Haushaltsdefizit (3 Prozent) und die Staatsverschuldung (60 Prozent) im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt in revidierter Form wieder gelten. Dies, obwohl wir mehr öffentliche Investitionen brauchen, um den Service public zu stärken und den Klimawandel zu bekämpfen.

Das neue EU-Gesetz stellt den Defizitabbau über zentrale politische Ziele der EU, wie den Green Deal oder den sozialen Zusammenhalt. Für Philippe Lamberts, den Co-Präsidenten der Grünen-Fraktion im EU-Parlament, verspricht dieser «Schuldenfundamentalismus» nichts Gutes für die kommenden Jahre. Dagegen sieht die portugiesische Sozialistin Margarida Marques die neuen EU-Finanzvorschriften nicht nur als «einen wesentlichen Schritt für die Eurozone und die Union als Ganzes», sondern auch als «ein wichtiges Signal an die Finanzmärkte».

Es ist an der Zeit, dass auch EU-Bürgerinnen und -Bürger den Finanzmärkten ihrerseits ein wichtiges Signal senden – zum Beispiel in den kommenden EU-Wahlen.



Das offene Ohr

Marina Wyss
von der Unia-Rechtsabteilung
beantwortet Fragen
aus der Arbeitswelt.

Krankentaggeld im GAV: Karenztag

Ich bin Schreiner. Im Januar hat mich eine Grippe erwischt. Der Arzt hat mir eine Woche Bettruhe verschrieben. Als ich Ende Monat die Stundenabrechnung kontrollierte, waren da 8,3 Minusstunden aufgeführt. In der Lohnabrechnung sah ich, dass ein Teil meines Lohnes nur zu 80 Prozent ausgezahlt wurde. Als ich im Personalbüro nachfragte, erklärte mir die HR-Fachperson, dass eine Krankentaggeldversicherung bestehe. Laut GAV zahle diese erst ab dem zweiten Tag der Abwesenheit. Der erste Tag werde mir deshalb als Minusstunden verbucht. Ab dem zweiten Tag müsse die Arbeitgeberin dann nur noch 80 Prozent des Lohns fortzahlen. Stimmt diese Aussage?

MARINA WYSS: Ja. Im Gesamtarbeitsvertrag für das Schreinerereigewerbe heisst es, dass die Arbeitgeberin die dem GAV unterstellten Arbeitnehmenden kollektiv für ein Krankentaggeld bei Arbeitsunfähigkeit zu versichern habe. Die Lohnfortzahlung



ERKRANKT: Ein Grippetag kann je nach Regelung im GAV zulasten der Arbeitnehmenden gehen. FOTO: ADOBE STOCK

müsse erst ab dem zweiten Tag der Arbeitsverhinderung geleistet werden, das steht so ausdrücklich im GAV. Das heisst, der erste Tag geht zulasten der Arbeitnehmenden. Wenn eine Krankentaggeldversicherung abgeschlossen ist, zahlt diese 80 Prozent des Lohnes. Falls Arbeitnehmende für eine längere Dauer krank sind, leistet die Krankentaggeldversicherung dafür Tagelöhner für rund zwei Jahre (720 Tage). Ohne eine Regelung in einem GAV muss die Arbeitgeberin den Lohn zwar ab dem ersten Tag zu 100 Prozent fortzahlen, jedoch für weniger lange Dauer.

Bruder im Spital: Bezahlte Absenz?

Mein Bruder ist alleinstehend und auf der Skipiste verunfallt. Er wurde ins Spital gebracht und ist ins Koma gefallen. Unsere Eltern leben nicht mehr, ich bin die einzige Ansprechperson. In meinem Arbeitsvertrag bzw. im GAV steht, dass für Spitalaufenthalte von Geschwistern und anderen Verwandten stundenweise Absenzen ohne Lohnabzug als Arbeitszeit verbucht werden dürfen. Ich habe nun die ersten 48 Stunden im Spital verbracht. Meine Arbeitgeberin verweigert mir die Gutschrift der Arbeitsstunden, weil ich nicht am ersten Tag ein Arztzeugnis vorgelegt habe. Rückdatierte Zeugnisse würden nicht akzeptiert. Ist das korrekt?

MARINA WYSS: Nein, das ist zu streng. Es gibt mittlerweile zwei Grundlagen für eine bezahlte Absenz in solchen Fällen. Viele Arbeitsverträge, aber auch GAV enthalten eine Tabelle, in der angegeben wird, für wie viele Stunden oder Tage Absenzen bezahlt werden. Auf den 1. Januar 2021 wurde zudem Artikel 329h ins Obligationenrecht eingefügt. Für die Betreuung eines Familienmitglieds, der Lebenspartnerin oder des Lebenspartners mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen besteht ein Anspruch für einen bezahlten Urlaub von höchstens drei Tagen pro Ereignis und höchstens 10 Tagen pro Jahr. Auch Geschwister fallen darunter. Einige Arbeitgeber haben in ihren Reglementen eine Zeugnispflicht aufgenommen. Es ist zwar so, dass die Arbeitnehmerin für die bezahlte Absenz den Beweis erbringen muss und Sie der Arbeitgeberin natürlich auch Rechenschaft ablegen müssen. Doch eine Zeugnispflicht ab dem ersten Tag ist zu streng und würde dazu führen, dass diese Absenz gar nie bezogen werden könnte.

16 workservice 10. Mai 2024

Die wichtigsten Fragen und Antworten zum Thema Betreibungen

Wenn die Postbotin zwei Mal

Sie werden betrieben? Keine Panik, das kann passieren. Unabhängig davon, ob die Forderung gerechtfertigt ist oder nicht: wichtig ist, dass Sie schnell reagieren. Das müssen Sie wissen.

MARIA KÜNZLI

Was ist eine Betreibung?

Eine Betreibung ist ein Verfahren, um mit staatlichem Zwang eine Geldschuld zu begleichen. Die Gläubigerin oder der Gläubiger wendet sich an das Betreibungsamt, damit dieses der Schuldnerin oder dem Schuldner einen Zahlungsbefehl zustellt – was es auch in jedem Fall tut. Normalerweise bekommen Sie drei Mahnungen, bevor die Betreibung eingeleitet wird. Laut Gesetz (rebrand.ly/betreibungen) ist das aber nicht nötig. Bereits am Tag nach Ablauf der Zahlungsfrist darf der Gläubiger oder die Gläubigerin die Betreibung einleiten. Die meisten Unternehmen tun das aber nicht sofort, weil sie die Kundschaft nicht verlieren wollen. Der Zah-

Stecken Sie nicht den Kopf in den Sand. Das macht es nur schlimmer.

lungsbefehl muss der Schuldnerin oder dem Schuldner vom Postboten oder der Betreibungsbeamtin persönlich übergeben werden, zu Hause oder am Arbeitsplatz.

Wer darf Gläubiger einer Betreibung sein?

Steuerämter und Krankenkassen sind dazu verpflichtet, Steuer- oder Prämienschulden auf dem Rechtsweg einzufordern, deshalb bekommt das Betreibungsamt von dieser Seite besonders viel Arbeit. Aber auch Kreditkartenunternehmen sowie Firmen aus den Bereichen Onlinehandel und Mobilfunk greifen gerne auf das Mittel der Betreibung zurück, um zahlungsunwillige oder zahlungsunfähige Kundschaft zum Zahlen zu bewegen. In der Schweiz kann aber jede und jeder nach Lust und Laune betreiben, ohne vorher eine tatsächliche Schuld belegen zu müssen. Das Betreibungsamt stellt jeden Zahlungsbefehl zu, ohne zu prüfen, ob das Geld tatsächlich geschuldet werde.

Was tun, wenn eine Betreibung oder eine Betreibungsandrohung reinfällt?

Da Sie im Prinzip also auch von Ihrer Nachbarin, die Ihnen eins auswaschen will, weil Ihr Hund zu laut bellt, mit einer Phantasiesumme betrieben werden können, ist es wichtig, jede Betreibung genau zu prüfen. Ist sie berechtigt? Wenn ja, sollten Sie die geschuldete Summe möglichst bald begleichen. Neben dem geschuldeten Betrag sind das die Betreibungskosten sowie vertraglich vereinbarte Mahnspesen und Verzugszinsen. Ab wann Verzugszinsen geschuldet sind, hängt davon ab, ob eine bestimmte Zahlungsfrist vereinbart wurde. Wenn ja, so befindet sich der Schuldner oder die Schuldnerin nach Ablauf dieser Frist im Verzug. Wurde keine bestimmte Zahlungsfrist abgemacht, ist der Verzugszins erst geschuldet, wenn der Schuldner von der Gläubigerin gemahnt und damit in Verzug gesetzt wurde. Beträgt der Verzugszins pro Jahr bis zu fünf Prozent auf den geschuldeten Betrag, muss er bezahlt werden. Verlangt ein Unternehmen mehr als fünf Prozent, muss das im Kaufvertrag oder den allgemeinen Geschäftsbedingungen festgehalten sein, sonst ist die Forderung ungültig. Ist es Ihnen nicht möglich, die Rechnung sofort zu bezahlen? Dann sollten Sie jetzt auf keinen Fall den Kopf in den Sand stecken. Nichts zu tun macht alles nur schlimmer. Machen Sie der anderen Partei so schnell wie möglich einen Vorschlag für eine Abzahlung in Raten, und bitten Sie sie gleichzeitig, die Betreibung zurückzuziehen. Geht die Gegenseite auf beides ein, wird der Eintrag im Betreibungsregister gelöscht.

Wie weiter, wenn die Betreibung nicht gerechtfertigt ist?

Wurde die Rechnung bereits vor Einleitung des Betreibungsverfahrens bezahlt oder ist die Forderung



WORKTIPP

HILFE BEI SCHULDEN

Es bleibt nicht bei der einen Betreibung, und Sie wissen nicht, wie Sie aus der Schuldenspirale wieder herauskommen? Dann sollten Sie sich bei einer seriösen Rechts- und Schuldenberatung Hilfe holen. Über die Website des Dachverbandes Schuldenberatung Schweiz finden Sie die für Sie zuständige kantonale Anlaufstelle. Bei der Schuldenberatung Schweiz können Sie sich telefonisch beraten lassen, die Caritas bietet auch eine anonyme Onlineberatung an. Schuldenberatung Schweiz: www.schulden.ch; anonyme Onlineberatung: www.caritas-schuldenberatung.ch; Beratungshotline (gratis): Tel. 0800 708 708.

unbegründet, können Sie Rechtsvorschlag erheben. Das müssen Sie entweder direkt bei der Übergabe der Betreibung machen, also mündlich bei der Postbotin oder dem Betreibungsbeamten, oder innerhalb von 10 Tagen mündlich oder per eingeschriebenen Brief beim zuständigen Betreibungsamt. Eine Begründung ist nicht nötig. Mit dem Rechtsvorschlag wird das Betreibungsverfahren zu-

IM VERZUG: Ist es Ihnen nicht möglich, eine Vorschlag für eine Abzahlung in Raten.

mindest vorübergehend gestoppt, und die Gläubigerin muss Beweise für ihre Forderung vorlegen. Um das Betreibungsverfahren fortsetzen zu können, muss der Gläubiger danach je nach Beweislage in einem vereinfachten Verfahren (Gesuch um provisorische oder definitive Rechtsöffnung) oder in einem ordentlichen Klageverfahren den Rechtsvorschlag beseitigen lassen.

Wie kann der Eintrag im Betreibungsregister wieder gelöscht werden?

Jede Person, die ein Interesse glaubhaft macht, kann über eine andere Person einen Betreibungsregisterauszug verlangen. Ein begründetes Interesse kann zum Beispiel ein Miet- oder Kaufver-



HUND UND HAMSTER: Beide sind beliebte Haustiere, doch in Mietwohnungen sind sie nicht gleichermassen willkommen. FOTO: ADOBE STOCK

Wie das Schweizer Mietrecht die Darf man mir den

Tiere machen glücklich. Doch sie sind nicht in jeder Mietwohnung erlaubt. work zeigt Ihnen, was Sie beachten müssen und bei welchen Tieren Sie wann die Zustimmung des Vermieters oder der Vermieterin brauchen.

MARIA KÜNZLI

Meerschweinchen, Hamster, Fische, Katzen und Konsorten können bei artgerechter Haltung in einer Wohnung grundsätzlich ein glückliches Leben führen. Die Frage ist aber: Sind Tiere in der Wohnung in jedem Fall auch erlaubt? Braucht es eine Einwilligung der Vermieterin oder des Vermieters? Dafür müssen Sie einen Blick in Ihren Mietvertrag

werfen. Da gibt es verschiedene Möglichkeiten:

1. Im Mietvertrag steht nichts zur Haltung von Haustieren.

Dass im Vertrag nichts zu Haustieren steht, kommt eher selten vor. Dann ist die Haustierhaltung aber grundsätzlich erlaubt – solange es die Nachbarschaft nicht durch Lärm oder Gestank beeinträchtigt und die Wohnung nicht in Mitleidenschaft zieht. Bei lauten oder gefährlichen Tieren wie Papageien oder Giftschlangen brauchen Sie die Einwilligung der Vermieterin in jedem Fall. Gibt es Reklamationen wegen eines Tieres, hat die Vermieterin oder der Vermieter das Recht, zu verlangen, dass das Tier aus der Wohnung entfernt werde.

klingselt



Rechnung sofort zu bezahlen, machen Sie der anderen Partei so schnell wie möglich

FOTO: SHUTTERSTOCK

trag sein. Der Auszug gibt Auskunft über die letzten fünf Jahre. Dabei wird angegeben, ob der geschuldete Betrag bezahlt wurde oder nicht. Wer keinen leeren Be-

Den Rechtsvorschlag müssen Sie innerhalb von 10 Tagen erheben.

treibungsregisterauszug vorweisen kann, wird unter Umständen Mühe haben, eine Wohnung zu finden. Auch eine Betreuung, deren Forderung beglichen wurde, wird im Betreibungsregisterauszug aufgelistet.

Ebenso werden Betreibungen, gegen die Rechtsvorschlag erhoben wurde, aufgeführt, auch

wenn der Gläubiger die Betreuung nicht fortsetzt. In diesem Fall können Sie aber das Betreibungsamt drei Monate nach Zustellung des Zahlungsbefehls auffordern, den Eintrag für Dritte unsichtbar zu machen. Das Betreibungsamt wird daraufhin gegen eine Gebühr von 40 Franken den Gläubiger auffordern nachzuweisen, dass er gerichtliche Schritte unternommen habe, den Rechtsvorschlag zu beseitigen. Weist er es nicht nach, wird der Eintrag unsichtbar gemacht. War die Forderung gerechtfertigt und Sie haben bezahlt, können Sie das Unternehmen, das Sie betrieben hat, bitten, die Betreuung zurückzuziehen. Dazu verpflichtet ist es allerdings nicht.

INKASSOFIRMEN

DREIST UND AGGRESSIV

Viele Unternehmen beauftragen private Inkassounternehmen, um Kundinnen und Kunden, die Rechnungen nicht bezahlen, Beine zu machen. Diese Inkassobüros treten oft aggressiv und einschüchternd auf. Dabei wird manchmal versucht, die Kosten für das Inkassounternehmen auf die Kundschaft abzuwälzen. Lassen Sie sich nicht von seriös klingenden Formulierungen wie «Verzugsschaden nach Art. 106 OR» oder «Bearbeitungsgebühren» verunsichern – solche Kosten müssen Sie nicht übernehmen!

BESSER SCHRIFTLICH. Doch wie vorgehen? Kommunizieren Sie mit einem Inkassounternehmen grundsätzlich schriftlich. Mündliche Abmachungen lassen sich schlecht beweisen. Schreiben Sie dem Inkassobüro und dem Unternehmen, dem Sie etwas schulden, dass Sie diese zusätzlichen Gebühren nicht bezahlen werden, da sie nicht rechtmässig seien. Und es gibt noch andere Tricks: Manchmal schicken Inkassobüros vorformulierte Ratenzahlungsvereinbarungen. Unterschreiben Sie diese nicht! Oft verstecken sich darin zusätzliche Kosten und Gebühren, die ebenfalls nicht in Rechnung gestellt werden dürfen. Können Sie die Rechnung nicht gleich bezahlen, machen Sie schriftlich einen eigenen Zahlungsvorschlag. Die Schuldenberatung kann Ihnen dabei helfen. (mk)

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



VIELFÄLTIG: Wer ein Smartphone hat, braucht keinen Scanner mehr. FOTO: ISTOCK

Dokumente digitalisieren: Handy wird zum Scanner

Wer ein Dokument aus Papier auf seinen Computer bringen will, muss keinen teuren Scanner kaufen. Mit den richtigen Apps reicht oft das Handy aus.

DIE BEDIENUNG IST SIMPEL: Die App öffnen, das Dokument fotografieren und den Ausschnitt wählen. Wichtig ist, dass Sie das Foto an einem hellen Ort aufnehmen. Nach dem Fotografieren lassen sich in den meisten Apps kleine Verbesserungen vornehmen: Zum Beispiel können Sie den Kontrast erhöhen, um den Text klarer hervorzuheben oder um Unebenheiten des Papiers zu kaschieren. Das digitalisierte Dokument speichern Sie als PDF ab. Wir haben verbreitete Apps zum Scannen von Dokumenten verglichen. Die Kriterien: Wie einfach ist die Bedienung? Lassen sich die wesentlichen Funktionen kostenlos verwenden? Und speichert die App das gescannte Dokument in einer Cloud, oder ist das auch auf dem Handy möglich? Ergebnis: Für iPhone-Besitzer empfehlen wir den benutzerfreundlichen und kostenlos erhältlichen OCR Scanner Quickscan. Eine Meldung nach der Installation, eine VIP-Version der App koste 25 Franken, können Sie mit Druck aufs Kreuz entfernen.

DATENSCHUTZ: Besitzer eines Android-Smartphones, die Wert auf Datenschutz legen, sind mit vFlat scan gut bedient – sofern Sie die App nicht zu oft brauchen. Denn ab 10 PDFs pro Monat wird vFlat scan kostenpflichtig (3.40 Franken pro Monat). Kostenlos, aber umständlich zu bedienen ist Microsoft Lens. Adobe Scan ist dagegen einfach zu bedienen, hat aber einen mässigen Datenschutz, da es die Daten immer in der Adobe-Cloud speichert. MARC MAIR-NOACK

Wir haben verbreitete Apps zum Scannen miteinander verglichen.

Haltung von Haustieren regelt Hamster verbieten?

Vorher muss sie die Mieterin aber schriftlich mahnen.

2. Im Mietvertrag steht, dass die Haltung von Tieren nur mit Einwilligung der Vermieterschaft gestattet sei. Das ist der Regelfall. Es kann auch sein, dass im Mietvertrag selbst nichts zu Tierhaltung steht, aber auf die Hausordnung verwiesen wird. In diesem Fall ist die Hausordnung grundsätzlich ein Teil des Vertrags. Die Vermieterin oder der Vermieter kann die Tierhaltung gemäss Rechtsprechung ohne speziellen Grund verbieten. So hat das Bundesgericht 1994 in einem Fall entschieden, dass die Vermieterin oder der Vermieter die Haltung eines Hundes ohne sachlichen Grund verbieten kann, wenn im Mietver-

trag für die Tierhaltung die Zustimmung der Vermieterschaft verlangt wird.

Handelt es sich um Kleintiere wie Meerschweinchen, Hamster, Zierfische oder kleine Vögel wie Wellensittiche, ist die Haltung in der Mietwohnung aber erlaubt – auch wenn Tierhaltung laut Mietvertrag grundsätzlich verboten ist. Es dürfen aber nicht zu viele Tiere sein, und es darf nicht zu Klagen kommen. Auch Katzen gelten mittlerweile grundsätzlich als unproblematische Kleintiere, die in jedem Fall erlaubt sind, sofern sie die Wohnung nicht verlassen. Wird für die Tierhaltung aber etwas an der Bausubstanz verändert, zum Beispiel beim Einbau eines Katzentürchens, muss in jedem Fall

vorher die Zustimmung der Vermieterschaft eingeholt werden. Verlangen Sie die Zustimmung schriftlich, damit sind Sie auf der sicheren Seite. Hat die Vermieterin einmal ihre Zustimmung zu Haustieren gegeben, kann sie sie nicht ohne gewichtigen Grund wieder zurückziehen. Möchten Sie Fische halten, erkundigen Sie sich bei Ihrer Versicherung, ob Ihre Haftpflichtversicherung auch für allfällige Wasserschäden aufkommt.

Verstossen Sie gegen die Bestimmungen des Mietvertrags, zum Beispiel, indem Sie die geforderte Einwilligung der Vermieterschaft nicht einholen oder trotz einem Verbot Tiere halten, riskieren Sie eine Kündigung.

ARBEITSPLATZ DER HUND IM BÜRO

Ob Sie Ihren Hund mit an den Arbeitsplatz nehmen dürfen, entscheidet Ihre Chefin oder Ihr Chef im Rahmen seines Weisungsrechts. Gesetzlich gibt es dazu keine Regelung. Spricht sachlich nichts gegen Hunde, wie Hygienevorschriften im Betrieb oder die Allergie einer Kollegin, sollten Sie in der Chefetage schriftlich um Erlaubnis bitten, bevor Sie den Hund zum ersten Mal mitnehmen. Assistenz- oder Blindenhunde kann die Firma aber nicht verbieten. (mk)

Dringende persönliche Termine Arzttermin während der Arbeitszeit

Habe ich Anrecht darauf, während der Arbeitszeit zum Arzt zu gehen?

Sie haben während der Arbeitszeit einen Kontrolltermin bei Ihrer Hausärztin oder müssen an eine Wohnungsübergabe gehen? Die Chefin oder der Chef ist gemäss Obligationenrecht dazu verpflichtet, Ihnen «die üblichen freien Stunden und Tage» für die Erledigung dringender persönlicher Angelegenheiten während der Arbeitszeit zu erlauben (rebrand.ly/gesetzkurzabsenzen).

EINZELFALL ENTSCHEIDEND. Üblich ist das Recht auf ausserordentliche Freizeit nur, wenn die Angelegenheit nicht in der ordentlichen Freizeit erledigt wer-

den kann. Arbeiten Sie Teilzeit, darf Ihre Arbeitgeberin verlangen, dass Sie Arztbesuche auf die freie Zeit ansetzen. Ist dies nicht möglich, muss Ihr Arbeitgeber Sie trotzdem zum Arzt gehen lassen.

NICHT EINHEITLICH. Die Frage, ob Sie während der ausserordentlichen Freizeit auch Lohn erhalten, ist im Obligationenrecht nicht geregelt. Hier kommt es darauf an, was im Einzelarbeitsvertrag steht, ob ein Gesamtarbeitsvertrag besteht und was «üblich» ist. In den meisten Arbeitsverhältnissen wird die ausgefallene Arbeitszeit für Arztbesuche, wenn diese nicht in der Freizeit oder in Randzeiten organisiert werden können, bezahlt. (mymu/mk)

WORKLESERFOTO



Work in progress

WANN 15. April 2024

WO Worb BE

WAS Zwei Maler bei der Arbeit, kurz bevor heftiger Regen einsetzt

Eingesandt von Jürg Scheidegger, Worb

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben. Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

WORKPOST

18. A

Flying Tiger Bern: Rausgerobbt, weil sie Gewerkschaftsmitglieder sind

Wenn der Studi-Job zum Albtraum wird

Alles fang damit an, dass die Belegschaft der Flying-Tiger-Filiale am Berner Bahnhof etwas mehr Lohn forderte. Denn mit 22 Franken brutto die Stunde lässt es sich schwierig leben. Was folgte, war eine Mischung aus Schikanen,

den unentkettiert und erhöht. Aber für uns gab es keinen Rappen mehr.» Deshalb war klar: jetzt müssen sie sich gewerkschaftlich organisieren.

GEWERKSCHAFTSMITGLIEDER IM VISIER
Mit Hilfe der Gewerkschaft Unia in Bern schreiben sie im Herbst letzten Jahres einen weiteren Brief an die Geschäftsleitung. Dieses Mal war ersichtlich, dass der Brief von den Arbeitnehmenden und der Gewerkschaft gemeinsam kommt. Die Geschäftsleitung muss sich dem stellen, sagt Céline Z.

KEIN
verste
keit:
We
kerf
mit
Plu
Ein

WORK 5 / 18.4.2024: WENN DER STUDI-JOB ZUM ALBTRAUM WIRD

Das Unrecht ist überall!

Ich bin zurzeit immer noch tätig bei Flying Tiger, und ich kenne solches Verhalten nur zu gut. Ich kann von mir behaupten, dass ich grösstenteils gut behandelt wurde, weil ich schlicht übermässig mehr gearbeitet habe, als ich dies je hätte tun sollen. Allerdings wurden trotzdem die kleinsten Fehler bemängelt und überdramatisiert. Nebst diversen unprofessionellen Konflikten mit meinen Vorgesetzten war/bin ich viel öfter Zeuge vom Unrecht, das

meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erfahren mussten und müssen. Wie gesagt, wurde ich mehrheitlich gut behandelt und hatte über eine lange Zeit hinaus ein sehr vertrautes Verhältnis mit meinen Vorgesetzten, das mir auch einen guten Einblick in ihre Perspektive verschafft hat. Dadurch habe ich oft den Umgang mit meinen Mitarbeitenden aus der Perspektive der Vorgesetzten gesehen. Dabei habe ich auch miterlebt, dass aufgrund von «persönlichen» Problemen eben genau solche Massnahmen ergriffen wurden, wie zum Beispiel, dass den Mitarbeitern keine Schichten mehr gegeben wurden, «um ihnen eins auszuwischen». Lustig finde ich auch, dass hier über die Gleich-

behandlung gesprochen wird. Dem ist nicht so. Ich habe in drei verschiedenen Filialen gearbeitet, und in keiner wurden die Arbeiterinnen und Arbeiter wirklich gleich behandelt. Etwas möchte ich noch anmerken. Bei einer Mitarbeiterbefragung, die nicht allzu lang her ist, kam vermehrt die Frage nach einer Lohnerhöhung auf. Dies wurde sehr transparent mit uns geteilt. Allerdings war die Antwort darauf mal wieder: «Wir haben nicht die gewünschten Zahlen/Ziele erreicht, um eine Lohnerhöhung gewähren zu können.» Das ist absurd, wenn gefühlt jeden zweiten Monat eine neue Filiale aufgeht. Es wundert mich schlicht nicht mehr, dass Filialen wie Bern und Zürich kurz vor dem Kollaps stehen, wenn die Mitarbeitenden nicht geschätzt werden.

E. K., VIA WORKZEITUNG.CH

Selber erlebt

Ich habe auch bei Flying Tiger gearbeitet und wurde von Vorgesetzten ausgefragt, wer sich denn da organisiere. Das Ziel war klar, die betreffenden Personen kaltzustellen.

EZCH, VIA WORKZEITUNG.CH

Mit System!

Herzlichen Dank für Ihre Schilderungen, EZCH. Diese verdeutlichen nochmals die knallharte und zu Gewerkschaftsfeindlichkeit neigende Haltung von Flying Tiger! Ich finde es enorm wichtig, dass auf solche Themen aufmerksam gemacht wird! Denn solches Vorgehen hat leider einfach System.

CÉLINE Z., VIA WORKZEITUNG.CH

Rausgeekelt

Ich selber habe auch bei Flying Tiger gearbeitet und wurde rausgeekelt. Ausserdem wurden Lügen über mich erzählt.

FABIO ARGENTO, VIA WORKZEITUNG.CH

WORK 5 / 18.4.2024: MEHRERE ARTIKEL

Gratulation!

Ich gratuliere herzlich zur Ausgabe vom 18.4.! Wieder einmal ein Highlight! Die Interviews mit Jean Ziegler und der portugiesischen Historikerin und überhaupt der Hintergrund und die Statements zur Nelkenrevolution. Und dann noch das Sezoneri-Thema und vieles mehr... ich bin ein Fan von work, weil ich hier Artikel über die Arbeitswelt lesen kann, die auch bei andern linken Zeitungen oft fehlen; im Tagi liest man solche Geschichten natürlich noch seltener. Weiter so! Danke für eure engagierte Arbeit.

BETTINA SCHMID, ZÜRICH

Tolle Ausgabe!

Das ist eine Superausgabe! Das Interview mit Jean Ziegler, der Artikel über Marielle Franco, die Doppelseite über Portugal,... Herzliche Gratulation!

ALOIS KRAMIS, PER MAIL

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an redaktion@workzeitung.ch oder an work@redaktion@workzeitung.ch oder an **work Redaktion Leserbrief, Gewerkschaft Unia, Postfach, 3000 Bern 16**

VULPIN



So war der 1. Mai: Überall in der Schweiz waren die Menschen auf der Strasse Bunt, laut und kämpferisch

1. Mai 2024
Prämien runter, Löhne rauf!
SGB

Von Arbon bis Delémont, von Basel bis Bellinzona: am 1. Mai waren Zehntausende Menschen auf den Strassen. Sie forderten: Prämien runter, Löhne rauf! In den meisten Kantonen wird am Tag der Arbeit gearbeitet. Nur wenige haben die Möglichkeit, diesen Tag nicht am Spitalbett, hinter dem Coiffeurstuhl oder auf der Baustelle verbringen zu müssen. So etwa in Basel-Stadt, wo der 1. Mai ein Feiertag ist. Über 6000 Menschen marschierten quer durch die Basler Innenstadt. Während die Polizei letztes Jahr gewaltsam die Spitze des friedlichen Demozugs stundenlang einkesselte und mit Pfefferspray und Gummischrot zurückhielt, waren dieses Jahr nur einzelne Polizisten in Warnwesten und auf Velos zu sehen.

TROMMELN. Ganz anders in Zürich. Dort begleitete die Polizei den Demozug von etwa 11000 Menschen mit einem unverhältnismässigen Grossaufgebot. An der Spitze des Umzugs waren die Gewerkschaften mit einer lautstarken Trommelband, ihnen folgten die sozialistische Kinder- und Jugendgruppe der roten Falken und eine Vielzahl antikapitalistischer Gruppen mit Schildern und Sprechchören für internationale Solidarität und gegen die Kriegstreiberei. Während der bunten und friedlichen Demonstration durch die Limmatstadt lauerten die Einsatzkräfte in den Seitenstrassen. Bei der unbewilligten Nachdemo kam es zu brutalen Einkesselungen.

GESANG. In über 40 Städten wurde der 1. Mai mit Demonstrationen, Festen und Reden gefeiert. In Thun sagte Unia-Präsidentin Vania Alleva: «Arbeitgeber lassen es zu, dass es den Arbeitnehmenden finanziell schlechtergeht. Das ist beschämend – vor allem wenn man sieht, wie viele Firmen heute hohe Gewinne machen.»

In Bern wurde der Tag der Arbeit traditionsgemäss mit einem Demozug von der Kramgasse auf den Bundesplatz gefeiert. Dominierendes Thema war die Initiative für einen städtischen Mindestlohn. Hauptredner war SP-Bundesrat Beat Jans, der den Anwesenden versicherte, «ich bin einer von euch», was allerdings nicht alle zu überzeugen vermochte, wie aus Pfiffen zur Jansschen Asylpolitik zu schliessen war. Gewohnt vielstimmig fand der offizielle Teil seinen Schluss mit dem Singen der Internationale, souverän unterstützt von den Chören «Linksdrall» und «Linggi Schnure».

SP-Bundesrat Beat Jans erntete Pfiffe in Bern. Dominierendes Thema war die Initiative für einen städtischen Mindestlohn. Hauptredner war SP-Bundesrat Beat Jans, der den Anwesenden versicherte, «ich bin einer von euch», was allerdings nicht alle zu überzeugen vermochte, wie aus Pfiffen zur Jansschen Asylpolitik zu schliessen war. Gewohnt vielstimmig fand der offizielle Teil seinen Schluss mit dem Singen der Internationale, souverän unterstützt von den Chören «Linksdrall» und «Linggi Schnure».

REDEN. In Biel zeigte SGB-Präsident Pierre-Yves Maillard die Wichtigkeit von starken Gewerkschaften auf: «Gerade jetzt kämpfen Frauen und Männer mit ihrer Gewerkschaft um ihren Arbeitsplatz oder für bessere Arbeitsbedingungen: bei Stahl Gerlafingen, bei Vetropack in Saint-Prex, in den Waadtländer Apotheken, bei Micarna, aber auch in den Hunderten von Lohnverhandlungen, die überall in der Schweiz stattfinden werden, um die in den letzten Jahren erlebten Reallohnsenkungen wieder auszugleichen.» Umso wichtiger sei ein Ja zur Prämiententlastung. (dak)



Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.
work abonnieren.
Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden dritten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name _____
Strasse _____
PLZ/Ort _____
Telefon/E-Mail _____
work, Abodienst, Postfach, 3000 Bern 16. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft. Herausgeberin work, Gewerkschaft Unia. Verlag und Redaktion Weltpoststrasse 20, 3000 Bern. Postadresse Postfach, 3000 Bern 16. Telefon Verlag und Redaktion 031 350 24 18. E-Mail Verlag verlag@workzeitung.ch. E-Mail Redaktion redaktion@workzeitung.ch. Internet www.workzeitung.ch. Redaktion Anne-Sophie Zbinden (Chefredaktorin), annesophiebinden@workzeitung.ch; Jonas Komposch (Stv. Chefredaktor), jonaskomposch@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Darija Knežević, darijaknezevic@workzeitung.ch; Parzival Meister (Produzent/Redaktionsleiter), parzivalmeister@workzeitung.ch; Iwan Schauwecker, iwanschauwecker@workzeitung.ch. Mitarbeit an dieser Nummer Peter Bodenmann, Claudio Carrer, Roland Erne, Oliver Fahrni, David Gallusser, Laura Gonzalez, Maria Künzli, Florian Sieber, Clemens Studer, Jean Ziegler. Gestaltung/Layout Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch. Korrektorat Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch, Andrea Leuthold. Sekretariat Fabienne Jallily, verlag@workzeitung.ch. Anzeigenmarketing Fabienne Jallily, telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch. Druck CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen. Abonnement Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.–. Abodienst Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch. Auflage 60 488 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.

FOTOS: KEYSTONE/YOSHIKO KUSANO/UNIA/ZVG